

## Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung  
bei der Partei DIE LINKE

---

Nummer 2/22. Jg.

Mitteilungsblatt

März 2016

---

Zu dieser Ausgabe:

In dieser Nummer veröffentlichen wir vor allem Materialien unserer Konferenz „Der XX. Parteitag der KPdSU (1956) aus heutiger Sicht“ am 9. Februar d.J.: die Vorträge von Heinz Niemann und Hans Modrow. Sie umreißen seine historische Bedeutung, die durch ihn eröffneten Chancen, analysieren, warum seine gewichtigen Impulse dennoch keinen Umschwung herbeizuführen vermochten, und würdigen die durch ihn bewirkten Ansätze zu einer Weiterentwicklung des frühen Sozialismus und der kommunistischen Bewegung.

Des weiteren dokumentieren wir den Einführungsvortrag von Fritz Streletz auf einer Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises über die Rolle der DDR und der NVA im Warschauer Vertrag, ferner einen Beitrag von Horst Schneider zur Auseinandersetzung um den sächsischen Volksentscheid vor 70 Jahren, der zugleich ein bezeichnendes Licht auf die beunruhigenden sächsischen Zustände und deren Hintergründe wirft.

Die Hinweise zu den Veranstaltungen des Arbeitskreises bis Ende 2016 enthalten u.a. das vollständige Programm unserer Konferenz „Die Vereinigung von KPD und SPD 1946 aus heutiger Sicht“ am 9. April d.J. in Berlin.

Heinz Karl

*Inhaltsverzeichnis*

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Heinz Karl Zur Eröffnung der Konferenz „Der XX. Parteitag der KPdSU (1956) aus heutiger Sicht“	S. 3
Prof. Dr. Heinz Niemann Der XX. Parteitag der KPdSU und die SED	S. 5
Dr. Hans Modrow Der XX. Parteitag – die Chance für eine Wende	S. 16
Generaloberst a.D. Fritz Streletz Zum 60. Jahrestag der Gründung des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand	S. 23
Prof. Dr. Horst Schneider „Und wie die Bourgeois sangen, so piffen die Professoren.“ Historiker streiten über die Bedeutung des Volksentscheids	S. 30
Veranstaltungen des Marxistischen Arbeitskreises, März – November 2016	S. 33

---

Impressum: Die Geschichtskorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos per E-Mail zur Verfügung gestellt.

E-Mail: [marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de](mailto:marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de)

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)  
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Juli 2016.

Prof. Dr. Heinz Karl

## Zur Eröffnung der Konferenz „Der XX. Parteitag der KPdSU (1956) aus heutiger Sicht“

Wer den XX. Parteitag der KPdSU als Zeitgenosse erlebt hat, wird ihn nicht vergessen. Wie ein Paukenschlag wirkte die Diskussionsrede von Anastas Mikojan, der davon sprach, dass dies der wichtigste Parteitag seit Lenins Tod sei – und damit eine ganze Epoche auf den Prüfstand stellte. Und man erinnert sich daran, wie sich die Diskussion über politische und gesellschaftliche Fragen und wissenschaftliche Probleme belebte und vertiefte, und auch an die recht breite „interne“ Information der SED über Chruschtschows Bericht in der geschlossenen Sitzung des Parteitages.

Aus heutiger Sicht wird der historische Platz des XX. Parteitages noch klarer. Die auf ihn folgenden Jahre waren insgesamt Jahre erfolgreichen Kampfes für den Sozialismus. 1957 zog der Sputnik seine Bahn und den Imperialisten fuhr der „Sputnik-Schock“ in die Knochen. Ein so hochkompetenter Zeuge wie Fritz Baade prognostizierte in seinem 1960 erschienenen Buch „Wettlauf zum Jahre 2000“, dass die sozialistischen Staaten im Begriff seien, diesen Wettlauf zu gewinnen. Entscheidend war, ob sie den vom XX. Parteitag eingeschlagenen Weg konsequent weiter gehen würden.

Welche politischen Möglichkeiten der XX. Parteitag erschloss, welche theoretischen Horizonte er eröffnete, welche enormen gesellschaftlichen Impulse er barg, das zeigte wohl am deutlichsten die Reaktion von Palmiro Togliatti. In seinem bedeutsamen Interview vom Juni 1956 /1/ forderte er, von der Erörterung von Oberflächenphänomenen und Symptomen (z.B. des Personenkults) zur tiefgründigen Analyse der gesellschaftlichen Grundlagen und Ursachen der stalinistischen Deformationen und Fehlentwicklungen vorzudringen, um deren Wurzeln zu beseitigen, ihre Wiederholung bzw. ihr Fortwirken auszuschließen und ein Vorwärtsschreiten zu sichern.

Er kennzeichnete bürokratische Leitungsmethoden, -mechanismen und -apparate auf allen Ebenen und in allen Bereichen, die Herausbildung eines neuen Typs bürokratischer Führung als Grundübel der (frühen) sozialistischen Gesellschaft sowjetischen Typs und benannte als das zentrale Problem die Entwicklung einer lebendigen sozialistischen Demokratie (einschließlich einer Dezentralisierung der Wirtschaftsleitung), vor allem der schöpferischen Kritik und Aktivität der Massen.

Nachdrücklich plädierte er für die internationale Einheit der Kommunisten in ihrer ganzen, den sehr differenzierten konkreten nationalen Bedingungen entsprechenden Vielfalt.

Togliattis vom XX. Parteitag angestoßene Überlegungen vom Juni 1956 sind geradezu ein theoretisch-politisches Aktionsprogramm zur Lösung der Krise des frühsozialistischen Systems (und der kommunistischen Bewegung) – als sie noch lösbar war – und zur umfassenden Wiederaufnahme der prinzipiellen, weit in die Zukunft weisenden politischen und theoretischen Impulse, die Lenin in den letzten Jahren seines Wirkens vermittelte. Togliattis Darlegungen sind eines der wichtigsten Dokumente der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts. Sie beweisen überzeugend, dass diese Bewegung zu dieser Zeit durchaus über die politischen und geistigen Potenzen verfügte, die sie hemmenden Faktoren (die vor allem mit den stalinistischen Einflüssen und deren Auswirkungen verbunden waren) zu überwinden, die reale Chance hatte, weiter voranzuschreiten.

Ähnliches kann man über die produktive Aufnahme von Impulsen des XX. Parteitages durch die SED sagen, die schon 1956/57 positive Wirkungen zeitigte und die 60er Jahre zur erfolgreichsten Periode in der Geschichte der DDR werden ließ.

Doch die Kräfte der Beharrung (und deren unvermeidliche Folge war Stagnation) erwiesen sich als mächtiger. Wie stark sie waren, zeigte sich schon 1956, als Togliattis Initiative zurückgewiesen, in den Geruch des Revisionismus gebracht und verdrängt wurde. Chruschtschows Ersetzung durch Breshnew 1964 zeigte, dass diese Kräfte sich durchgesetzt hatten. Die folgende Stagnation war naturgemäß verbunden mit zunehmender Nachsicht gegenüber dem stalinis-

tischen Erbe. Diese hat nicht wenig dazu beigetragen, Partei und Staat erst zu zersetzen, dann zu lähmen und schließlich zu zerstören.

Jede Wiederbelebung stalinistischer (ihrem Wesen nach antileninistischer, antimarxistischer) Pseudotheorie, jede Schönfärberei stalinistischer Zustände oder gar Rechtfertigung stalinistischer Repressionen, jede Negierung der historischen Leistung des XX. Parteitages der KPdSU kann unter Sozialisten und Kommunisten nur desorientierend, spaltend und zersetzend wirken. Auch in diesem Sinne bleibt der XX. Parteitag nach wie vor ein aktuelles Thema.

### **Anmerkung**

1 Siehe *Geschichtskorrespondenz*, Januar 2012, S. 8-30 (im Internet unter:

[www.die-linke.de/geschichtskorrespondenz](http://www.die-linke.de/geschichtskorrespondenz))

Prof. Dr. Heinz Niemann

## Der XX. Parteitag – die Chance für eine Wende

I. Für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war das Jahr 1956 nicht nur wegen des XX. Parteitags, wegen der Revolte in Ungarn und abgeschwächt in Polen, des Überfalls Großbritanniens, Israels und Frankreichs auf Ägypten herausragend ist, sondern es steht auch in einem untrennbaren Zusammenhang mit 1989/1991, war der Auslöser für die eine ganze Epoche abschließenden Jahre 1989/91. Beide Jahresdaten stehen für den Untergang des Sowjetimperiums und der Kommunistischen Weltbewegung (KWB) wie für die weitgehende Wiederherstellung eines weltumspannenden Imperialismus, (China und vielleicht Kuba ausgeklammert.) Was 1956 versucht wurde und scheiterte, die Überwindung des Stalinismus, erhielt nach 1990 eine neue Dimension hinsichtlich seiner Bedeutung für die Neuorientierung und Selbstfindung der sozialistisch-kommunistischen Linken in aller Welt.

Die Enthüllungsrede Chruschtschows löste ein ideologisches Erdbeben aus, und gerade jene, die das Gebäude ihrer Überzeugungen und ihres Glaubens besonders hoch gebaut hatten, standen vor einem einzigen Trümmerberg. Bekanntlich gab es damals (vor allem in der KP Chinas und Albaniens) und gibt es bis heute bei orthodoxen Kommunisten die Überzeugung, mit dem XX. Parteitag und mit Chruschtschow habe der Siegeszug des Revisionismus begonnen, der mit dem Zusammenbruch endete.

Natürlich wurden bedeutende historische Wertungen wie theoretische Positionen einer Revision unterzogen, erschütterte die Enthüllungsrede zu Stalin Millionen Kommunisten und Sozialisten zutiefst und ja, es gab auch revisionistische Elemente, die anti-marxistisch bzw. anti-leninistisch waren oder sind. Bei Imre Nagy in Ungarn, in Berlinguers Bündnispolitik des *compromesso storico* in Italien, teilweise beim Eurokommunismus besonders in der KP Spaniens unter Carrillo bis zu Gorbatschows Neuem Denken. Es waren allerdings nicht einzelne umstrittene politische und theoretische Ansichten oder primär ein Versagen der Parteiführungen von IKP, FKP und KPSp, dass diese westlichen Massenparteien schon mehr ein Jahrzehnt vor dem östlichen Zusammenbruch faktisch zu einflusslosen Gruppen wurden. Man muss unbedingt den Zusammenhang mit dem XX. Parteitag beachten, weil dieser letztlich in der Praxis nicht zu einer wirklichen und fortschrittlichen Wende in der UdSSR führte. Deshalb unterlagen am Ende diejenigen, die um eine zukunftsfähige Erneuerung und schöpferische Weiterentwicklung der marxistischen Theorie in diesen Parteien gekämpft haben. Bei aller Kritik durch die KPdSU mit teils dogmatischen Argumenten (auch vieler anderer Parteien, darunter die SED,) Moskau hat diese westlichen Parteien **praktisch** nicht gehindert, ihr Konzept zur die Teilnahme an sozialdemokratischen oder bürgerlichen Koalitionsregierungen oder Bündnissen auszuprobieren, und wo man es wie in Frankreich (im Bündnis mit Mitterand) bei Aufgabe klassenmäßiger marxistischer Positionen tat, scheiterte man vollständig.

Aber es ist auf jeden Fall unzulässig, nicht marxistisch, wenn vom elenden Ende des ersten Sozialismusversuchs abgeleitet wird, sie – die Orthodoxen - hätten mit ihrer Position absolut recht behalten. Ein weiter so nach Stalins Tod auf politischen wie theoretischem Gebiet hätte wahrscheinlich zu einem noch früheren Zusammenbruch mit schlimmeren Folgen geführt. Es ist ein zutiefst dialektischer Zusammenhang, mit dem wir es hier zu tun haben, wobei die entscheidende Seite des Widerspruchs unzweifelhaft der Stalinismus, seine nicht gelungene Überwindung in der Sowjetunion gewesen ist.

Die heutige herrschende Geschichtsschreibung sieht übrigens **auch** den XX. Parteitag 1956 als Beginn des Endes. 1989 wird darin lediglich der Endpunkt des 1956 eingeschlagenen Weges,<sup>[1]</sup> der in dieser Logik eigentlich mit 1918, spätestens mit 1929 begonnen hat.

Zum Gegenbeweis muss und kann man Ereignisse hervorheben, Bruchstellen, die auf dem eingeschlagenen Weg des XX. Parteitags lagen. So 1961, die Grenzsicherung zwischen den Militärblöcken und Systemen, wodurch auch die DDR gesichert war und Jahre einer vielversprechenden Entwicklung begannen, dem zwar das Jahr 1964, (der Ablösung N.S. Chruschtschows), entgegenstand, weil sich mit der Breshnew-Führung bald ein Frosthauch für fast 16 Jahre über das >Tauwetter< legte. Dagegen dann Jahr 1982, den Wechsel an der Spitze der KPdSU nach dem Tod Breshnews mit der Wahl des neuen Generalsekretär Juri Andropow, und

selbst das das Jahr 1985, dem wirklich letzten, entscheidenden Wendepunkt mit Gorbatschow. Auch dieser Wechsel der Führung war nicht sofort und unvermeidlich jener, der zur Implosion führte.

Das Ende war also nicht von Anfang an zwangsläufig. Es gab Chancen für eine alternative Entwicklung, und die gab es nur dank des XX. Parteitags der KPdSU, dank eines kleinen mutigen Mannes aus Kursk, der seine Existenz, ja sein Leben riskierte, um mit der Stalin-Ära zu brechen und eine Gesundung des Sowjetsystems und der ganzen KWB einzuleiten. Für diese Chancen sprachen allerdings auch positive reformerische Anstrengungen in einige weiteren Parteien und Staaten, so der SED und der DDR, der KPC und der CSSR, in Ungarn und selbst in Polen.

Zwar war diese Chance von vornherein gering, und das lag an einem gewaltigen Bündel an inneren und äußeren Faktoren, an objektiven und personellen Grenzen bzw. Hindernissen, an Feinden nicht nur im Ausland und – in der Geschichte immer wieder relevant – auch an ungünstigen Zufällen.

Hier soll eine weitgehende Beschränkung auf einige der inneren Probleme erfolgen, um etwas ausführlicher auf die subjektiven Hindernisse und personellen Faktoren eingehen zu können.

Über historische Alternativen nachzudenken heißt, durch die Gesamtheit der objektiven und subjektiven Gegebenheiten eine **reale Möglichkeit der Wahl** zwischen zwei (oder auch mehreren) Entwicklungswegen nachzuweisen. Man sollte als (marxistischer) Historiker nicht der Gefahr erliegen, einfach denkbare, abstrakte alternative Verhaltensweisen und Konzepte zu konstruieren. Ausgangspunkt muss immer die möglichst exakte Kennzeichnung der realen Möglichkeiten des Handelns sein, wobei man sowohl die objektiven Möglichkeiten als auch die subjektive Verfasstheit, sprich: die Stärke und Erfahrungen der subjektiven Faktoren: die agierenden Klassenkräfte, Bewegungen, Parteien und nicht zuletzt die führenden Persönlichkeiten mit ihren speziellen Erfahrungen, Kenntnissen und Fähigkeiten erfassen müsste. Nur in diesem Sinne ist die Geschichte nach vorn offen, nicht irgendwie und in alle Richtungen, aber optional für die geschichtsmächtigen Akteure.

Anders gesagt: Eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Beantwortung der Frage, ob es eine reale Chance mit und nach dem XX. Parteitag der KPdSU für eine Wende gab, müsste eigentlich drei methodische Ansätze verfolgen:

1. mit einer Langzeitstudie die Herausbildung der objektiven Bedingungen, der Ursachen für die gesamtgesellschaftliche Krise, national wie international aufdecken;
2. bräuchte es einer Tiefenstudie des Wirkens des bürokratischen Systems mit den Widerständen und Möglichkeiten einer Transformation und
3. muss die Rolle des subjektiven Faktors für mögliche Wege des Strukturwandels und praktischen Transformationswechsel aufgezeigt werden.

Die genannten Langzeit- und Tiefenstudien müssten die komplexen Ursachen der Entstehung und des Sieges des stalinistischen Phänomens und seine praktische Verkörperung im Gesellschaftssystem der UdSSR darstellen.[\[2\]](#)

Die Namen Chruschtschow, Andropow und anfänglich selbst der von Gorbatschow stehen für eine ziemlich wichtige Tatsache: Über die ganze entsetzliche Stalin-Periode hinweg hatte die kommunistische Idee und die marxistische Theorie von Marx und Lenin in Teilen der Bewegung, in der KPdSU weiter gelebt, als Weltanschauung, als Überzeugung oder auch nur als Utopie "überwintert". Man kann das auch als die Einheit von wissenschaftlicher Analyse und "Glaube" verstehen. Die sozialistisch-kommunistische Idee besaß die Potenz zur systemimmanenten Reform. (Dafür spricht z.B. die etwa für Eineinhalbjahrzente währende Reformperiode in der DDR unter der Führung der SED und des in verschiedener Hinsicht gereiften >alten< Ulbrichts.) Die weltanschauliche und theoretische Tradition seit Marx war nicht gestorben, eine auch für heute und für morgen wichtige Erfahrung für die sozialistische Linke, die auch nicht ohne >Vision<, nicht ohne eine glaubhafte Utopie existieren kann, für die hinreichend historische wie praktische Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen.

II. Die oberste Führungsclique war durch die von Stalin noch kurz vor seinem Tod angezettelte Leningrader "Ärzteverschwörung" offenbar noch einmal in Todesängste gestürzt worden. Als dann Berija Anstalten machte, sich an die Stelle Stalins zu installieren, der als Innenminister und KGB-Chef ausreichend Möglichkeiten und Akten besaß, jeden missliebigen Mitstreiter mit welchen Methoden auch immer auszuschalten, formierte Chruschtschow eine Mehrheit aus der Gruppe der Alten um sich und man verständigte sich, den nach Stalin bedrohlichsten Stalinisten mit - wenn auch notgedrungen - eben solchen stalinistischen Methoden auszuschalten.

Wie schwierig es werden würde, diesen Kurswechsel einzuleiten, kann man nach empfinden, wenn man das Protokoll des Plenums des ZK vom Juli 1953 noch mal liest.<sup>[3]</sup> Zwei Dinge werden dabei deutlich.

1. Chruschtschow wollte natürlich den Bruch mit der stalinschen Periode so vollziehen, dass es nicht zu einer existenziellen Gefährdung der SU käme, und

2. musste das wahre Kunststück fertig gebracht werden, den Teufel mit einem erst einmal nur wenig geläuterten Beelzebub auszutreiben, sprich: das stalinistische System mit einer noch weitgehend stalinistisch deformierten Partei zu überwinden.

Natürlich wollten die Mitglieder des engen Zirkels um den einstigen >Führer des Weltproletariats< nicht selbst unter die Räder kommen, keiner war unbeteiligt oder ohne Mitschuld. Erklärbar, aber trotzdem problematisch war es, wenn Chruschtschow u.a. nur über die Fehler und verbrecherischen Entscheidungen Stalins und seiner engsten Helfer wie Berija redete, nicht über eigene Fehler, eigenes Versagen. In der Diskussion auf dieser Plenarsitzung im Juli 1953 zum Fall Berija wurde Stalin noch als der große Lehrmeister und Fortführer Lenins gewürdigt, sein Genius gepriesen und so, wie ein Vierteljahrhundert lang alle Erfolge und Siege auf einen Einzigen projiziert worden waren, wurden nun alle Probleme, Verbrechen auf einen anderen einzigen projiziert: Berija, Parteimitglied seit 1917, seit 1934 im ZK, seit 1938 Innenminister und Chef des Geheimdienstes NKWD, seit 1946 im PB und Präsidium und spätestens seitdem engster Vertrauter und Mitstreiter Stalins, 1945 zum Marschall ernannt und seit 1946 Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten.

Die Vorwürfen gegen Berija offenbarten zugleich ein weiteres schwerwichtiges Hemmnis: die Verflechtung von Partei- und Staatsfunktion. Es war die absolute Unterordnung des Staatsapparates und damit die völlige Abhängigkeit der formal bestehenden demokratischen Vertretungen, (der Sowjets) unter den Parteiapparat auf allen Stufen. Empörte Redner beschuldigten Berija u.a. damit, er habe Staatsfunktionäre entscheiden und handeln lassen ohne vorherige Erlaubnis durch den zuständigen Parteisekretär.

Es bleibt im Dunkeln, was Berija bewogen haben mag, Kurs auf eine zumindest begrenzte Lösung des Staatsapparates von der absoluten Unterordnung unter die jeweiligen Parteisekretäre zu versuchen. Vielleicht war in der Parteiführung dieses Problem irgendwie erkannt worden. Die richtigerweise notwendige Trennung von Partei und Staat und die Beschränkung der Führungsrolle der Partei auf strategische und erzieherische sowie auf personelle Fragen bei gleichzeitiger Eigenverantwortung von Legislative, Exekutive und Unabhängigkeit der Judikative dürfte es bei Berija wahrscheinlich nicht gewesen sein. Eher das Kalkül: in der Partei habe er keine absolute Autorität, im Staatsapparat schon, wenn ihm das Innenministerium, das NKWD und natürlich der Vorsitz als Ministerpräsident zukomme. Diese drei Staatsfunktionen wollte er neben der Mitgliedschaft im Parteipräsidium bei sich vereinigen. Dem zu diesem Zeitpunkt designierten Generalsekretär Malenkov glaubte er seines Erachtens voll im Griff zu haben.

Unbestritten wollte Berija in die Rolle Stalins schlüpfen und das musste verhindert werden, alle im Führungszirkel wussten um die Macht des NKWD-Chefs über die Mitgenossen dank des bei ihm gespeicherten Materials über fragwürdige oder direkt Gesetz widrige Einmischungen, den Missbrauch von Privilegien wie auch der Möglichkeiten der Manipulation u.a. Auch war Berija nicht nur jünger, sondern auch gebildeter und klüger als eine Mehrheit des alten Führung. Er wusste durch das NKWD ziemlich genau, wie die wirkliche Lage ist, hatte einen Informationsvorsprung (das Know how) und hatte begonnen, einige Ungeheuerlichkeiten - auch zum Selbstschutz - zu verändern; so wurden tausende Gefangene entlassen, einige verurteilte ehemalige Parteimitglieder still und leise freigelassen, die Erhöhung der Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte angekündigt usw., alles Schritte, die ihm eine gewisse Popularität verspra-

chen. Bis auf den Verkauf der DDR machte Chruschtschow vieles ein wenig später auch. Schon Berija gab an Tito erste Signale einer baldigen Normalisierung der Beziehungen, was einer faktischen Rehabilitierung Titos und seines eigenständigen Sozialismuskonzepts gleichkam.

Berija musste trotzdem unbedingt weg, aber ein öffentlicher Prozess war nicht möglich, weil der alle Autoritäten zu zerstören drohte, wenn dieser zu seiner Verteidigung - mit seinem Insiderwissen - sich zum Ankläger erhoben hätte, z.B. mit der Behauptung, seit seiner Ernennung zum NKWD-Chef im März 1938 sei der große Terror eingestellt worden. So blieb nur die Überrumpelung und Verhaftung mithilfe einiger Generäle am Ende der Sitzung des Präsidiums am 26. Juli und ein pro forma stattfindender Geheimprozess Ende Dezember. Berija und zunächst sechs seiner Vertrauten vom MDW/NKWD und Stellvertreter wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt, was bei Berija wohl schon im Juli vollzogen worden war.

Wie tief stalinistisches Denken und Verhaltensmuster verwurzelt waren, zeigen die 3 Jahre später einmütig vorgetragenen Diskussionsreden fast aller alten Mitglieder des Präsidiums auf dem Parteitag: Kiritschenko, Suslow, Mikojan, Malenkow, Molotow, Kaganowitsch, Woroschilow, Perwuchin. Marschall Shukow war der einzige neue Nachrücker, wegen seiner Verdienste bei Berijas Ausschaltung.

Die personelle Gesamtsituation erklärt, dass der Beginn einer Entstalinisierung mit stalinistischen Methoden vollzogen wurde. Ein Entstalinisierungsprozess durch die Parteibasis war realer Weise nicht zu erwarten, mit der großen Mehrheit der jüngeren Mitglieder, geprägt vom Genius des Siegers im Großen Vaterländischen Krieg, kaum möglich. Das konnte nur von oben, durch die autoritäre Führung erfolgen.<sup>[4]</sup>

**III.** Das befreiende Klima, das 1956 entstanden war, von Ilya Ehrenburg so treffend mit >Tauwetter< umschrieben, erfasste auch zunehmend Teile der Führung und Funktionärschicht. Die Lage und Stimmung der Gesamtsituation schrien offensichtlich nach einer Kurskorrektur, und dies in größeren Teilen der Partei und des Staatsapparates; die Stimmung im Volk war auf einem Tiefpunkt. So war die Erwartung nach Veränderung zwar vorhanden, aber wie und wohin eine Wende erfolgen sollte, das war ziemlich unklar. Nicht erwartet wurde, dass sie verbunden würde mit einer Abrechnung gegenüber Stalin; beides schien irgendwie losgelöst voneinander, und die echte Trauer nach Stalins Tod bei vielen Millionen ging durchaus konform mit der Erwartung nach gravierenden Veränderungen. Das erklärt die Zeitspanne von rund drei Jahren zwischen der Ausschaltung Berijas und dem XX. Parteitag. In der obersten Führung mussten Chruschtschow und seine selbst verunsicherten Mitstreiter auch noch gegen den harten Widerstand von Molotow, Kaganowitsch und Woroschilow kämpfen, die nach der Ausschaltung Berijas jede Abrechnung mit Stalin ablehnten oder - wie Malenkow - unentschlossen schwankten. Die gesellschaftswissenschaftliche Intelligenz blieb weitgehend ungefragt und stellte keine große Hilfe dar.

Wie wenig bis dahin auch die internationale Öffentlichkeit mit einer radikalen Wende gerechnet hatten, zeigen die Grußbotschaften z.B. auch von der SED an den Parteitag: Ahnungslosigkeit ist ein harmloses Wort dafür. Das höchste, was aufmerksame Beobachter bis dahin festgestellt hatten war, dass manchmal von >Persönlichkeitskult<, von menschlichen Schwächen auch großer Führer die Rede war, öffentliche Korrekturen des Justizsystems und es in größerem Umfang Entlassungen und einzelne Rehabilitierungen erfolgten. Schon die allmähliche Auflösung von Arbeitslagern, die Einstellung von zu >Großbauten des Kommunismus< erhobenen Projekten u.a. wurde im Ausland nicht bekannt.

**Politik-theoretisch formuliert** bestand der Kern der Krise des sowjetischen Systems in vier Punkten:

*1. Der stalinistisch deformierte ML hatte seine Überzeugungskraft als Basis der Legitimierung weitgehend verloren, objektiv und in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit, nicht unbedingt bei allen Protagonisten und Nutznießern der bisherigen Realität;*



2. Das praktische Funktionieren des politisch-administrativen Apparats war zunehmend ineffizient geworden und verursachte schwerwiegende Wachstumsschwächen; angesichts des Fehlens einer realen demokratischen Legitimation der Führung beruht aber der Herrschaftsanspruch im Einparteiensystem zuallererst auf dem Nachweis von sich im akzeptablen Lebensstandard widerspiegelnden wirtschaftlichen Ergebnissen dank einer effektiven, sich selbst korrigierenden Führungstätigkeit. Das staatsbürokratische System hatte jedoch diese Fähigkeit zur eigenständigen Korrektur und Kontrolle verloren.

3. Die Anerkennung des absoluten Führungsanspruchs der Partei wurde hingenommen, war aber immer mehr nur noch mithilfe von Repression und Agitation aufrecht zu erhalten, zumal die Symbolfigur der Macht, Stalin, fehlte;

4. Die Bereitschaft des Volkes, sich mit sehr geringen Versorgungsleistungen des Staates und der Wirtschaft 10 Jahre nach Kriegsende weiter abzufinden, erreichte einen Tiefpunkt und wurde zur Quelle von großer Unzufriedenheit; im Fachjargon: die gesellschaftliche Depravation erreichte ein krisenhaftes Niveau.

Der Widerspruch zwischen dem emanzipatorischen und sozialen Anspruch der Theorie und Idee des Sozialismus gegenüber der Realität war immer tiefer geworden und nicht mehr mit Kriegsfolgen oder äußeren imperialistischen Einflüssen erklärbar bzw. entschuldbar.

**IV.** Für eine reale Chance einer Rückkehr zur marxistisch-leninistischen Politik sprachen zuerst einmal die von Chruschtschow am Schluss seiner Rede formulierten Schlussfolgerungen, die zugleich das Eingeständnis schwerwiegender Mängel wie allgemeine Zielvorgaben waren. Sie zeigen: das Bewusstsein einer notwendigen und möglichen Alternative hin zu einem entwickelteren, leistungsfähigeren und gegenüber dem Westen attraktiveren Sozialismus war vorhanden.

Chruschtschows betonte, es komme darauf an:

1. auf bolschewistische Art den Persönlichkeitskult zu verurteilen und auszurotten;
2. die Wiederherstellung und Einhaltung der Lenin'schen Prinzipien der Führung der Partei (Einhaltung des Statuts, Kollektivität, Kritik und Selbstkritik) zu sichern, und
3. die sozialistische Demokratie und Gesetzlichkeit entspr. der Verfassung zu entwickeln, keinerlei Willkür und Machtmissbrauch zuzulassen.

(In der Diskussion<sup>[5]</sup> wurden diese Punkte von mehreren der Redner ausführlich untermauert. So unterstrich der Vorsitzende des Obersten Sowjets (Woroschilow) die Rolle der Sowjets auf allen Ebenen. Er übte Kritik an Verletzungen der verfassungsgemäß vorgeschriebenen Tagungen, am bürokratischen Arbeitsstil, an mangelnder Verbundenheit mit den Massen, an Paradereden statt konkrete Fragen der Arbeit und des Lebens der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, der Rechenschaftspflicht nachzukommen, eventuell die mögliche Abberufungen von Deputierten zu praktizieren, die sozialistische Gesetzlichkeit und das Aufsichtsrecht der Staatsanwaltschaft völlig wiederherstellen, auch das Eingabesystem zu verbessern.)

Dazu kamen solche Tatsachen, wie

4. das allgemein begrüßte kulturpolitische Tauwetter in der SU, welches nicht nur die kulturpolitische-künstlerische Szene betraf;
5. der Wille, pseudowissenschaftliche Erscheinungen in den Gesellschaftswissenschaften auszumerzen: (A. M. Pankratowa, Mitglied des ZK und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, polemisierte gegen Persönlichkeitskult, erklärte, die Parteigeschichte befinde sich nicht auf wissenschaftlichem Niveau, die Ausgabe der Lenin-Werke erfolge mit gewollten Lücken, betonte das Studium der Klassiker, besonders Lenins, ohne ein Wort zu Stalin zu verlieren. Mikojans Rede erklärte faktisch den Kurzen Lehrgang für obsolet; und das alles vor der Geheimsitzung am Ende des Parteitag.)
6. die Korrektur hinsichtlich des BdK Jugoslawiens wie generell des Verhältnisses zu den Bru-

derparteien;

7. das Aufbrechen der theoretischen Betonplatte des Dogmatismus.

(Suslow zitierte Lenin, als sei dies eine überraschende Entdeckung: "Wir betrachten die Theorie von Marx keineswegs als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, dass sie nur das Fundament der Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten nach allen Richtungen weiterentwickeln müssen, wenn sie nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen." [6])

Ausführlich wurden neue Fragen benannt und begründet: friedliche Koexistenz, keine Unvermeidlichkeit von großen Kriegen, Richtigkeit des Suchens nach nationalen Wegen zum Sozialismus in Abweichung von >Grundmodell< sowie auch friedlicher Übergänge zum Sozialismus in entwickelten Ländern, eine sanfte Reduzierung des Führungsanspruchs der KPdSU in der KWB, eine Verbesserung des Verhältnisses zu sozialdemokratischen Parteien.

8. erfolgte eine teilweise Ersetzung stalinistisch geprägter Führungskader, insbesondere älterer, (bis 1961 wurden 45 von 84 Ersten Sekretären von Republiks- und Regionalorganisationen ausgetauscht.) Einhaltung des Parteistatuts mit Ergänzungen für mehr innerparteiliche Mitbestimmung der gewählten Gremien, nun regelmäßige ZK- und Präsidiumssitzungen, sogar ein außerordentlicher 21. Parteitag 1959 wurde wegen eines neuen 7-Jahr-Planes einberufen.

9. Zwar 5 Jahre später, aber immens wichtig war vor allem der XXII. Parteitag 1961. Er bekräftigte den Aufbruch des XX. Parteitags hinsichtlich der Vergangenheitsbewältigung, manifestiert auch durch ein neues Programm und Statut. Chruschtschow geißelte erneut die Verbrechen in der Stalinzeit und begründete den Reformkurs mit der Kritik an Mängeln und Rückständen, vor allem in der Wirtschaftspolitik, durch die die angestrebte bessere Versorgung der Bevölkerung nur langsam voranging.

10. Zumindest gehört der Versuch für eine effektive Entwicklung im RGW mit einer Vorreiterrolle der SED ab 1961 dazu, unterstützt von Ungarn mit ihrem 1956 nicht zuletzt durch den sowjetischen Botschafter Andropow ins Amt gehieften Janos Kadar, dann auch die CSSR ab Mitte der sechziger Jahre;

11. Ein nicht sofort sichtbares Ergebnis bestand darin, dass in der Nachfolgegeneration kluge reformwillige Funktionäre nachrückten, die vom Geist XX. und XXII. Parteitags geprägt waren, so Andropow, auch Gorbatschow u.a. Chruschtschow hatte auf Verjüngung bei gleichzeitiger deutlicher Verringerung der Gesamtzahl der hauptamtlich Beschäftigten des Parteiapparates und der staatlichen Bürokratie bei gleichzeitiger Qualifizierung gedrängt.[7]

### **Politik-theoretisch ganz allgemein ausgedrückt:**

*Die Geringschätzung funktional unentbehrlicher Gruppen wie der Intelligenz und der gewählten Vertretungskörperschaften senkt oder verhindert sogar eine Systemeffizienz. Wirkt dann noch die Charismatisierung des Führers oder des Führungspersonals negativ auf die Politik entscheidend ein, verliert jedes bürokratische Herrschaftssystem die Fähigkeit zur notwendigen Transformation. Alles dies führt zum Verlust von Kontrollwissen und baut potenzielle Krisenelemente auf.*

Diese Aussage beschreibt verallgemeinert die Bedingungen zur Überwindung Ursachen der Krise:

1. Eine systemgetreue Transformation (eine Negation der Negation) erfordert primär die Existenz bzw. die Schaffung einer mit ausreichendem Kontrollwissen ausgestatteten Institution: eine legitimierte kollektive Führung und/oder einen charismatischen Führer. Gerade in der konkret-historisch entstandenen Situation der autoritär-dirigistischen Gesellschaftsverfassungen (mit einer Einparteienherrschaft) kam den intellektuellen Faktoren eine besonders große Bedeutung zu, die zu einem unverzichtbaren Faktor einer rationalen Politik werden. Eine auf der Basis des demokratischen Zentralismus gewählte kollektive Führung mit einem autoritativen Generalsekretär als Primus inter pares, der sich auf das kollektive Wissen der Partei und der Wissenschaft (Intelligenz) stützt, sind unverzichtbar.

2. Eine die Allmacht der Partei beschränkende Rolle der gewählten Vertretungskörperschaften (Sowjets, Gewerkschaften) sowie zivilgesellschaftliche Organisationen und eine gesteuerte mediale Öffentlichkeit.

## V. Was führte zum Scheitern des Reformkurses?

1. Natürlich erst einmal die über Jahrzehnte härtesten Überlebenskampfes erfolgte stalinistische Indoktrination von Millionen Parteimitgliedern wie Sympathisanten. Der Sieg über das faschistische Deutschland und seine Verbündeten war unvermeidlich mit Stalin verbunden.

Deshalb fiel die Loslösung und kritische Bewältigung der ganzen Gesellschaft, insbesondere der Parteiintelligenz und großteils den Schichten der geistig-kulturellen Intelligenz und nicht zuletzt den politisch tragenden Kräften besonders schwer. Die notwendige Transformation hatte Züge einer Revolution, einer nachholenden modernisierenden Umwälzung. Die Enthüllungen lösten bei vielen Künstlern, Schriftstellern und anderen Intellektuellen zuerst einmal Verunsicherung und/oder Scham aus. Generell fehlte es in der Breite an schöpferischer Intelligenz und an Erfahrung mit politischer Mitverantwortung. Die nachrevolutionäre junge sowjetische Intelligenz hatte einmal erhebliche Verluste durch den stalinistischen Terror, dann ihm Krieg erlitten, hatte sich gewaltsam abgeschottet immer stärker von der europäischen Moderne isoliert entwickelt. An Debatten marxistischer Theoretiker hatte sie nicht teilgenommen, wusste davon nichts oder war lediglich zu apologetischen Kritiken veranlasst worden.

Dieses theoretische Versagen illustrierte zuerst schon der Beschluss des ZK der KPdSU über die Überwindung des Personenkults vom 30. Juni 1956, der übrigens erst nach etlichen Kritiken aus westlichen Bruderparteien, hauptsächlich der FKP gefasst wurde. [\[8\]](#)

Das Kernproblem wurde darin weder grundsätzlich analysiert noch überhaupt benannt: Das hierarchisch-bürokratische Funktionieren des Parteiapparats blieb weitgehend unangetastet, wodurch der Charakter der Partei im Grunde weiterhin stalinistisch blieb, auch ohne Schauprozesse und Lager und mit gewissen Freiheiten der Diskussion. Es blieb im Prinzip bei der streng zentralistischen Führung von oben nach unten, die Kollektivität war äußerlich gewahrt, nicht wirklich als demokratisches Führungsprinzip durchgesetzt. Dies sollte sich langfristig als der entscheidende Faktor des Scheiterns der Chance nach XX, Parteitag erweisen.

Es gelang nicht, die Partei zu einem wahrhaft demokratischen Organismus umzugestalten, obwohl Chruschtschow dazu ansetzte. Die bekannte Passage aus Rosa Luxemburgs Artikel zur Russischen Revolution, (der für die damalige Zeit unhistorisch, unrealistisch war,) dessen Kernaussage wurde in der Folge der Terrorherrschaft Stalins in seiner ganzen Radikalität bestätigt.

Es ist nicht bekannt, ob Chruschtschow und Genossen den kannten, aber seinem Sinne nach begann man anfänglich zu handeln.

Dem ersten mörderischer Schritt: Berija und Konsorten (1953) auszuschalten folgte gegen den Widerstand der alt-stalinistischen Mitglieder der Führung mit dem XX. Parteitag (1956) der zweite. Diesem folgte der dritte, sehr wichtige Schritt: das ZK-Plenum zur Verhinderung des Sturzes von Chruschtschow durch die Altstalinisten um Molotow, Kaganowitsch, Malenkow und Bulganin im Juni 1957. Diese Gruppe hatte in Abwesenheit Chruschtschows mit einer Mehrheit von sieben zu vier Stimmen dessen Absetzung beschließen lassen. Vor dem zu einem ao. Plenum zusammengerufenen Zentralkomitee konnte der 1. Sekretär N.S. Chruschtschow seine Politik verteidigen und mit statutengemäßigem Mehrheitsbeschluss wurde er in seiner Funktion bestätigt. Erstmals seit Lenins Zeiten hatte sich der Parteiführer gegen die Fronde in der Führung mithilfe der Repräsentanten der Gesamtpartei, dem auf dem XX. Parteitag gewählten und zu 40% personell erneuerten ZK, durchgesetzt.

Der folgende XXII. Parteitag (1962) war noch in der richtigen Schusslinie, aber schon zeigten sich tradierte negative Erscheinungen bei Chruschtschow wie generell im Agieren der Führung. (Ein abgeschwächter Personenkult, subjektivistische Entscheidungen, von der Praxis losgelöste illusionäre Verheißungen wie des Übergangs zum Kommunismus u.a.) Allein die statutengemäße Durchführung vorgeschriebener Tagungen usw. sagt eben noch nichts über den Grad der in-

nerparteilichen Demokratie aus. Von einer entfalteten innerparteilichen Demokratie hing aber ab, ob strategische Fragen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung mit besten Ergebnissen debattiert und beschlossen wurden.

2. Hinzu kam eine gewaltige Summe von objektiven Widerständen.

Ein ganzes Bündel von im Inneren liegender Hindernisse. Vorherrschend wird dabei auch von klugen, nicht anti-sozialistischen Analytikern das Versagen der Ökonomie genannt, insbesondere der Landwirtschaft. Die ökonomischen Belastungen durch den immer noch unvollendeten Wiederaufbau, durch die Rüstungslasten, durch solidarische Hilfen für befreundete Staaten und Kräfte im eigenen Hegemonialbereich, in Afrika oder durch die Kuba-Krise 1962 usw. kamen hinzu. Jeder Mangel in der Ökonomie bremste unvermeidlich den Prozess der Demokratisierung der Gesellschaft. Zwar hatte Lenin mal gesagt: Ökonomie ist immer notwendig, Demokratie nicht, damit jedoch nicht die Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie gemeint.

Der nächste und leider letzte Schritt war der XXII. Parteitag im Herbst 1961. Der sollte dem Reformprozess neue Impulse geben und den Altstalinisten und Bremser endgültig den Rest geben. Die abermalige Absage an die Stalin-Zeit wurde mit einem neuen Parteiprogramm und Statut unterstrichen.

Die engsten Vertrauten Stalins wurden aus Führung ausgeschlossen, Molotow wurde Botschafter in der Mongolei, Malenkov Kombinatdirektor wie auch Kaganowitsch, Woroschilow wurde auf den rein repräsentativen Posten als Vorsitzender des Obersten Sowjets abgeschoben, Schepilow (Chefredakteur der Prawda) aus Präsidium und ZK ausgeschlossen.

Zugleich aber verbreitete sich schon bald im mittleren Parteiapparat Unsicherheit, die Furcht, ausgesondert zu werden durch irgendeine neue Umstrukturierung oder überhastete Reform, wie die Zweigliederung des Parteiapparats, auch einer der Versuche zur Einschränkung der Macht des bürokratischen Apparates. Er führte unter der Hand zu einer Spaltung: einerseits der noch aus der Stalin-Zeit stammende ältere und oft unzureichend qualifizierte, sich überfordert und verunsichert fühlende Kaderbestand, der Ruhe und Sicherheit ihrer Privilegien wollte und sich nach der Zeit seiner Allmacht auf allen Ebenen sehnte. Auf der anderen Seite reformwillige, sich ihrer Überzeugung verpflichtet fühlende Funktionäre und Mitglieder, auch Aufstiegs hungrige jüngere, besser qualifizierte Kader. Diese entstehende Dichotomie nahm Chruschtschow nicht wahr und erkannte nicht die Gefahren für seine Stellung. Er wurde ja immer stärker gefeiert und war an der Parteibasis und sogar im Ausland populär.

Die vom XXII. Parteitag ausgehende erneute Anstoß zu Reformen wurde durch die Kuba-Krise 1962 sofort wieder gebremst. Die Militärführung forderte eine erneute Erhöhung der Mittel für die teure atomare und Raketenrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Die Mehrheit der Führung meinte, es sei notwendig und besser, wieder zur alten streng zentralisierten Wirtschaftsführung zurückzukehren.

Es gab die ganze Zeit einen direkten Zusammenhang zwischen Außen- und Militärpolitik mit der Wirtschaftspolitik, und da die sowjetische Führung immer unter dem Druck der Generalität stand, die weiter von der Bedrohungslage und einem möglichen großen Krieg ausging, behielten Schwer- und Rüstungsindustrie stets Vorrang. Chruschtschow wollte Entspannungspolitik, um so Luft für innenpolitische Reformen zu schaffen, für Investitionen in die Landwirtschaft und Konsumgüterindustrie, um das Leben zu verbessern, aber die Zeit war zu kurz, der Widerstand zu zäh und auf Seiten der USA und der NATO dominierten die Roll back-Politiker, die immer wieder für neue Fakten für die Hardliner in der sowjetischen Führung sorgten.

Was sich bei Chruschtschow zeigte, der die genannte wichtige Rolle des charismatischen Führers wahrnehmen wollte, war leider für die meisten anderen Führungskader auch der Fall: eine alles in allem ungenügende marxistisch-leninistische Bildung, ein unterentwickeltes Theorieverständnis. Man ließ sich zuarbeiten, ohne alles zu verstehen, und was nicht recht zu passen schien, wurde eliminiert. Die meisten Mitglieder im Politbüro hatten eine technische oder ähnliche Ausbildung, oft ohne längere Praxis, meist eine Funktionärslaufbahn im Apparat der Partei oder des Komsomol durchlaufen, nicht ein Einziger hatte promoviert. Es gab eine typische Distanz zur Intelligenz und vor allem dann, wenn von dieser Seite kritische Einwände kamen. Wer in einer scheinbar unangreifbaren Position ist lernt nicht, was es heißt, politisch zu

agieren, nimmt keine Rücksicht auf Stimmungen, begreift nicht, wie wichtig Massenpsychologie im Rahmen der Strategie und Taktik sein kann.

Chruschtschow lieferte selbst für seine Ablösung auch noch anderes an Material: Subjektivistische innen- und wirtschaftspolitische Fehler, Alleingänge in der Außenpolitik und Duldung eines neuen, ihn tragenden weich gespülten Personenkults, Nichtbeachtung interessengeleiteter und emotionaler Haltungen innerhalb des Führungszirkels, des ZK und in Teilen der Intelligenz. Das Fehlen jeglicher basisdemokratischer Mitbestimmung war ein gewaltiges Hemmnis für die Effektivierung der Ökonomie, für die Entwicklung von Eigentümerbewusstsein und verantwortlichem Umgang mit den Produktionsmitteln usw.

Die durch seinen Kurs verursachte Dichotomie innerhalb der politischen Elite schuf Bedingungen für seine formal korrekte Ablösung

## VI. Die letzte halbe Chance

Der Reformler Andropow stellte die allerletzte Chance einer Wende dar. (Seit 1967 KGB-Chef, seit 1973 Mitglied im Präsidium) Er verkörperte den ernsthaften Versuch, mit rücksichtsloser Offenheit die Realität der kriselnden sowjetischen Gesellschaft, die in dem Versagen der bürokratischen Herrschaft ihren Ursprung hatte, zur Grundlage der Politik zu machen. Die polnische Krise 1980/81 hatte ihn zusätzlich alarmiert. Man kann das aus einem seiner Artikel von 1982 nachlesen: >Die Lehre von Marx und einige Fragen des sozialistischen (sic!) Aufbaus in der UdSSR<, in dem er auch betont, dass der Marxismus kein Dogma sei, sondern eine lebendige Anleitung zum Handeln, und das bedeute auch eine >>kontinuierliche Selbsterneuerung der revolutionären Theorie unter der Einwirkung der Praxis.<<[\[9\]](#) Selbst im Westen konstatierte die Osteuropawissenschaft, mit Andropow sei eine >kopernikanische Wende< in Denken und Politik eingeleitet worden.

Andropow hatte schon vor seiner Wahl zum Generalsekretär den Kampf gegen die Korruption aufgenommen, z.B. die Beweise für den Prozess im März 1982 gegen enge Freunde der Breshnew-Tochter schon lange vorher sammeln ließ. Auch wurde dann im Mai nicht Breshnews Favorit Tschernenko zum Nachfolger des verstorbenen Ideologiesekretärs Suslow gewählt, sondern eben Andropow. Im August wurden weitere Gefolgsleute Breshnews wegen Korruption und Veruntreuung verhaftet. Mit der Wahl zum Generalsekretär im November nach Breshnews Tod war klar: In der Führung wollte man umsteuern, und das sollte mit Andropow erfolgen.

Theoretisch wichtig war es, dass Andropow die (von Walter Ulbricht auf dem Internationalen Symposium >100 Jahre Kapital< erstmals formulierte) These vom Sozialismus als einer langen, eigenständigen Formation aufgriff, Chruschtschows Utopismus vom Übergang zum Kommunismus liquidierte, das Menschenbild und die Rolle der Arbeiterklasse ent-mythologisierte. Das nahm den ideologischen Zwang von der Politik und den Medien, die Wirklichkeit zu ignorieren bzw. gewaltsam schön zu schreiben.

Andropow war als Erstem klar, dass die bürokratische Herrschaft überwunden werden musste, um die schöpferischen kollektiven und individuellen Potentiale der Menschen freizulegen. Demokratisierung und Effektivierung gehen nicht ohne die Offenlegung der Widersprüche innerhalb der Gesellschaft. Ohne es explizit zu sagen wollte Andropow die oberflächliche und unzureichende Analyse des Stalinschen Phänomens überwinden und zu den tieferen Ursachen vorzudringen, ohne eine einzige Konzession an kleinbürgerliches Denken und formal demokratische Vorzüge des Westens zu machen. Durch ihn angeregt legten A. Butenko, B. Kuraschwili u.a. Analysen über die Gesetze der staatlichen Leitung und über Widersprüche der Entwicklung in der sozialistischen Gesellschaft vor. 1983 erregte ein von Tamara Saslawskaja vorgestelltes umfassendes Konzept zur Umgestaltung der sozialen Mechanismen in der Wirtschaftsentwicklung große Aufmerksamkeit, welches auf der Grundlage intensiver Analysen der Nowosibirsker Abteilung der Akademie der Wissenschaften entstanden war und in einer öffentlichen Diskussion weiter entwickelt wurde. (Wahrscheinlich spielten das NÖS in der DDR wie die 1968 von Philosophen der Tschechisch-slowakischen Akademie der Wissenschaften vorgelegten Papiere ein inspirierende Rolle.)

Andropow war nicht in die Verbrechen der Stalin-Zeit verstrickt, er verfügte über die notwendi-

gen charakterlichen Eigenschaften wie Entschlossenheit, Sachlichkeit und Dauerhaftigkeit, über die deutlich größere Potenz an theoretischem Vermögen und innerparteilicher wie innergesellschaftlicher Macht; im März 1983 übertrug man ihm den Vorsitz des Verteidigungsrates und im Juni übernahm er dieselbe Funktion im Präsidium des Obersten Sowjets, sicher auch ein Indiz, dass er den gewählten Körperschaften gegenüber der Parteiführung irgendwie Ausdruck geben wollte, denn bisher war diese Funktion rein repräsentativ und mit zu versorgenden Altkadern besetzt worden. Alles in allem hatte Andropow ein deutlich größeres Format als Politiker als alle anderen (außer Lenin) vor ihm und nach ihm.

Er griff drei entscheidende, bei Chruschtschow angelegte Elemente auf: Ein neues Denken, die Notwendigkeit einer Perestroika, die mit Disziplin, speziell Arbeitsdisziplin und im Kampf gegen Korruption beginnen musste, um das Wirtschaftssystem zu effektivieren und daran anschließend und von ihrer erfolgreichen Umsetzung abhängig – Glasnost, eine gesellschaftliche Offenheit und Öffentlichkeit, konzentriert auf die Probleme des weiteren Aufbaus und der ihn hindernden Umstände. Dazu zählte er nicht zuletzt die fehlende kritische Offenheit, ein Element der Selbstkontrolle gegen Macht- und Privilegienmissbrauch, alles Voraussetzungen, ohne die die Initiative und Schöpferkraft der Menschen nicht geweckt werden konnten.

Der Spiegel schrieb: Andropow ist der fähigste Bursche, den die haben. Er sei belesen, englisch und etwas deutsch spreche, ausländische Presse nicht nur in Ausschnitten verfolge, umfangreiche politische und außenpolitische Erfahrungen habe, sich seiner unzureichenden wirtschaftspolitischen Kompetenz bewusst sei und deshalb Fachleute hole, mit dem Kampf gegen Korruption ernst mache, strengste Disziplin halte und fordere, Reform-gewillte jüngere Kader heranziehe und fördere, Privilegienmissbrauch anprangerte.

Er hatte gerade 16 Monate, das von ihm angeschobenes Reformprogramm zu verwirklichen. Sein rascher Krestod war eine solcher Zufälligkeiten, die den historischen Prozess beeinflussen können.

\*\*\*

In dem Vierteljahrhundert nach dem Untergang der UdSSR musste sich die sozialistisch-kommunistische Linke weitgehend neu erfinden, wobei sie immer noch in den Anfängen steckt. Bei der Nutzung der Erfahrungen des untergegangenen Frühsozialismus, in dessen Geschichte der Stalinismus nur eine, die negative Seite darstellt, kann die theoretische Bewältigung des XX. Parteitages der KPdSU eine große Hilfe sein.

---

[1]Vgl. u.a. : Am Anfang des GULag-Gedächtnisses. Das Jahr 1956 und Europas aktuelle Erinnerungskonflikte, in: Deutschland Archiv, 1/2006, S. 19ff.

[2]Vgl. für die Analyse und Darstellung des Stalinismus u.a. Jean Ellenstein: Geschichte des Stalinismus, Hamburg/Westberlin, 1977.- Werner Hofmann: Was ist Stalinismus? In: Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt am Main, 1967.- Heinz Niemann: Vorlesungen zur Geschichte des Stalinismus. Berlin 1991.- Alan Wood: Stalin und der Stalinismus, Mainz 1995.

[3]Der Fall Berija. Protokoll einer Abrechnung. Das Plenum des ZK der KPdSU Juli 1953. Stenographischer Bericht, Berlin 1993.

[4]Die Delegierten mit beschließender Stimme zum XX. Parteitag widerspiegeln dies: Mehr als ein Fünftel (20,3%) waren jünger als 40 Jahre, 55,7% waren zwischen 40 und 50 Jahre alt und 24% älter als 50.

[5]Diskussionsreden auf dem XX. Parteitag der KPdSU, 11.-25. Februar 1956; Anhang: Rechenschaftsbericht der Zentralen Revisionskommission des ZK der KPdSU und Bericht der Mandatsprüfungskommission und Beschlüsse, Berlin 1956

[6]Protokoll, a.a.O., S. 64

[7]Im Rechenschaftsbericht der Zentralen Revisionskommission wurde ausdrücklich auf die Qualifizierung, die Kostenreduzierung und schon erfolgte Verringerung des Personalbestandes des ZK- Apparats hingewiesen, der um 24,7% verkleinert wurde. (Protokoll, a.a.O., S. 438.)

[8] Die Mängel der Analyse der Ursachen für den Stalinismus im Beschluss der KPdSU benannte als erster öffentlich Palmiro Togliatti in einem umfangreichen Interview mit einer Gruppe von Persönlichkeiten aus Politik und Kultur Ende Juni 1956. Siehe: Freies Volk (Düsseldorf), 23/24. und 26. Juni 1956. (Nachdruck in GeschichtsKorrespondenz. Mitteilungsblatt des marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, Nr. 1/2012) In seinem Bericht an den VIII. Parteitag im Dezember 1956 bekräftigte er seine Kritik. (Palmiro Togliatti: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1977, S. 393ff.)

[9] Juri Andropow: Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin 1983, S. 280)

Dr. Hans Modrow:

## **Der XX. Parteitag der KPdSU und die SED**

Meine Betrachtungen und ihre Darstellung werden sich zwischen Chronik, eigenem Erleben und zwischen historischen Bewertungen von damals und in der Gegenwart bewegen. Die Chronik wird mit dem Tod Stalins im März 1953 beginnen, den ich als Student in Moskau erlebt habe.

In der DDR folgt der 17. Juni und in der Sowjetunion die Verhaftung und Aburteilung Berijas. Während der Tod Stalins mit großer, sehr wahrnehmbarer Trauer verbunden war, lösten die Ereignisse um Berijas Ende keine Erschütterungen, sondern mehr Gefühle des Abwartens und politischer Unsicherheit aus. Moskau hatte auf den Tod Stalins mit größtem Andrang zur Bahre reagiert, wobei es als Folge dieses Gedränges auch Tote gab. Im Mai/Juni hatten dann die Unsicherheiten zunehmende Kriminalität zur Folge, u.a. vermehrte Diebstähle bei Aufenthalten im Zentrum Moskaus. Der Unterricht an der Hochschule verlief weiter nach Plan und bei den Prüfungsterminen und inhaltlichen Ansprüchen gab es keine Veränderungen. Die Nachrichten von den Ereignissen am 17. Juni in der DDR erreichten uns erst Tage später. In der Öffentlichkeit der SU nahmen sie keinen großen Platz ein und fanden im Betrieb an der Hochschule kaum Beachtung. Als die Gerüchteküche zu kochen begann, hatten wir mit Jan Vogler, unserem Dolmetscher, der an der Universität studierte und später dort als Professor tätig war, einen Partner, der immer wieder um ausgewogene Interpretation der Ereignisse bemüht war. Auch die Tatsache, dass wir nach Beendigung des Lehrganges in Moskau noch zu einem Studienaufenthalt für 14 Tage nach Leningrad fahren und nicht sofort in der DDR zum Einsatz kamen, zeugt von den Bemühungen keine, Beunruhigung zu verbreiten.

Nun etwas zum Thema.

Wie der XX. Parteitag auch immer bewertet wird, er war eine Zäsur nicht nur in der Geschichte der KPdSU, sondern für die weltweite kommunistische und Arbeiterbewegung. Seinen Auswertungen gingen, besonders in der SED und der DDR, tiefgehende Ereignisse voraus. Die Beratungen darüber waren der Beginn eines neuen Abschnitts in der Entwicklung der SED und ihrer weiteren Politik für den Aufbau des Sozialismus in der DDR.

### **I. Vom Tod Stalins bis zum XX. Parteitag**

1. Trotz aller Probleme in der SU blieb die Aufmerksamkeit der Führung der KPdSU auch auf die Entwicklung in der DDR gerichtet. Ende Mai 1953 übergab sie der SED ihren Beschluss „Über Maßnahmen zur Gesundung der Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“ (1), der vom 2. bis 4. Juni 1953 in Moskau mit der SED-Delegation, bestehend aus Otto Grotewohl, Fred Oelßner und Walter Ulbricht, beraten wurde. Der Beschluss enthält Fakten, mit denen wachsende Instabilität in der DDR nachgewiesen und grundlegende Fehler der SED-Führung offengelegt werden: Zwischen Januar 1951 und April 1953 sind 447.000 Personen nach Westdeutschland geflohen. Aus Einheiten der Kasernierten Volkspolizei sind in die Bundesrepublik 8.000 geflohen. Unter den Geflohenen seit Anfang 1953 befanden sich 2.718 Kandidaten und Mitglieder der SED, 2.610 Mitglieder der FDJ. Als Hauptursache für die entstandene Lage wurden die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz benannt. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik wird scharf kritisiert und hervorgehoben, dass durch das Verlassen der DDR über 500.000 ha Land brach liegen würden. Als Aufgabe wird formuliert:

„Zur Zeit und in der nächsten Zukunft ist es notwendig, sowohl in der DDR als auch in Westdeutschland, die Aufgaben des politischen Kampfes für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands und zur Abschließung eines Friedensvertrages zum Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der breiten Massen des deutschen Volkes zu machen. Dabei ist es notwendig, die politische und wirtschaftliche Lage in der DDR zu berichtigen und zu stärken und den Einfluss der SED unter den breiten Arbeitermassen und anderen demokratischen Schichten in Stadt und Land bedeutend zu vergrößern. Die bis zu dieser Zeit durchgeführte Propaganda über die Notwendigkeit des Übergangs der DDR zum Sozialismus (ist) als unrichtig zu betrachten, da sie die Parteiorganisationen der SED zu unzulässig vereinfachten und hastigen Schritten sowohl auf dem politischen als auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet treibt. Dabei ist die bedeutende Stärkung der Rolle des Blocks der demokratischen Parteien und Massenorganisationen sowie der



Nationalen Front des demokratischen Deutschlands im Staats- und Gesellschaftsleben der DDR als notwendig zu betrachten.“ (2)

Die Ereignisse vom 17. Juni 1953 sind ein Beleg für diese Lageeinschätzung. Die Politik des „Neuen Kurses“ kam zu spät und die getroffenen Sofortmaßnahmen blieben hinter den Herausforderungen zurück. Angesichts dieser Schwächen und der Entschlossenheit der SU, das Ergebnis ihres Sieges über den Hitler-Faschismus nicht herzugeben, griff die Sowjetarmee in das Geschehen ein.

Der 1. Sekretär der Bezirksleitung Berlin der SED, Hans Jendretzky, wurde abberufen und Alfred Neumann gewählt. Der Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, und Rudolf Herrnstadt, Chefredakteur von „Neues Deutschland“, wurden aus all ihren Funktionen entfernt. Die vorherrschende Bewertung dieser Maßnahmen geht von Bauernopfern aus, die nötig waren, um Ulbricht zu retten. Spätere Zeichen für Achtung gegenüber den Betroffenen und die Tatsache, dass es keine juristische Verfolgung gab, könnten dafür sprechen. Dass es in den drei Verantwortungsbereichen, die sie leiteten, grundlegende Schwächen gab, dürfte auch ohne Zweifel sein.

Im August 1953, nach Abschluss der Komsomolhochschule, wurde ich als 1. Sekretär der Bezirksleitung der FDJ Berlin gewählt und gehörte dem Sekretariat des Zentralrats der FDJ und dem Büro der Bezirksleitung der SED Berlin an.

Die Machtkämpfe in der Führung der KPdSU gingen weiter. Berija, der noch an der Beratung zur Lage in der DDR teilgenommen hatte, wurde am 10. Juli aus der Führung ausgeschlossen, verhaftet und zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde im Dezember 1953 vollstreckt. Die Auswertung des Lagebeschlusses der KPdSU erfolgte in der DDR am 21. Juni. Einbezogen waren der Hohe Kommissar Semjonow und der Oberkommandierende der Streitkräfte in Deutschland, Marschall Gretschnko. Debatten über die Rettung W. Ulbrichts als Generalsekretär der SED halten sich bis heute. Tatsachen belegen, dass er wohl weiter das Vertrauen der sowjetischen Seite besaß und sich bei den Machtkämpfen innerhalb der SED-Führung behaupten konnte.

2. Nach der Verurteilung Berijas setzen erste Machtkämpfe in der KPdSU-Führung ein.

1953 gab es noch eine Arbeitsteilung. Malenkow war Regierungschef, Chruschtschow Parteisekretär, als erster Mann im Staate galt offiziell Malenkow. Anfang 1955 wurde Malenkow als Regierungschef abgelöst und durch Bulganin ersetzt.

Ein von Karl Schirdewan geschriebenes Buch ist 1995 mit dem Titel „Aufstand gegen Ulbricht“ erschienen.(3) Aus meinem Erleben möchte ich diesem Titel widersprechen. Was sich bis zum 5. Parteitag 1958 abspielte, waren Auseinandersetzungen in der SED-Führung mit großer Schärfe; einen Aufstand gegen Ulbricht gab es dabei nicht. Verhindert haben das bis in die 1960er Jahre vor allem Erich Honecker, Paul Verner und Alfred Neumann. Ab Mitte der 1960er Jahre begannen Honecker und Verner auf eine Ablösung Ulbrichts hinzuwirken und hatten dabei seitens der KPdSU Unterstützung durch Breshnew gefunden. Alfred Neumann hielt Ulbricht bis zum Schluss die Treue.

Für zwei Bereiche war ich Zeitzeuge dieser Entwicklung. Mit den Veränderungen in der SED-Führung 1953 wurde Karl Schirdewan Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK. Er war die Machtfülle betreffend der zweite Mann an der Spitze der Partei. Eingriffe in das Berliner Parteilieben durch den ZK-Apparat wurden durch Alfred Neumann, der auch dem Politbüro angehörte und das volle Vertrauen Ulbrichts hatte, sowie durch Bruno Baum als Sekretär für Westberlin zwischen 1953 und 1958 verhindert. Auch bei der Jugendarbeit, für die Schirdewan ebenfalls Verantwortung trug, gab es kein Eingreifen der Zentrale. In der Gesamtentwicklung wurde mit dem Erfurter Parlament der FDJ 1955 ein Einschnitt vollzogen. Erich Honecker beendete seine Führungsarbeit im Jugendverband und wurde 1955/56 zum Studium an die Parteihochschule der KPdSU nach Moskau delegiert. Eine außergewöhnliche Entscheidung gegenüber einem

Funktionär, der bereits seit Jahren dem Politbüro angehörte und weiterhin dessen Kandidat blieb. Als 1. Sekretär wurde Karl Namokel gewählt. Er kam aus der Parteiarbeit in Rostock, wo er Wirtschaftssekretär der Bezirksleitung war, hatte jedoch keinerlei Erfahrungen in der Jugendarbeit. Mit ihm kamen gleichfalls aus der direkten Parteiarbeit Werner Felfe als 2. Sekretär und Edith Brandt für den Bereich Ideologie/Kultur. Im ZK wurde Horst Klemm, vorher 1. Bezirkssekretär der FDJ Rostock, Leiter des Jugendsektors. Das Ziel war sichtbar: Karl Schirdewan wollte oder sollte die Honecker-Zeit beenden und den Parteieinfluss auf die Jugendarbeit sichern.

Ein weiteres Zeichen setzte die SED-Delegation zum XX. Parteitag der KPdSU mit Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Karl Schirdewan und Alfred Neumann. Wilhelm Pieck war aus gesundheitlichen Gründen verhindert. Auch hier stellt sich die Frage, ob Karl Schirdewan in der Führung gestärkt oder mit der Auswertung des Parteitages geprüft werden sollte. Für die letzte Überlegung spricht seine Rolle auf der 3. Parteikonferenz zur Auswertung des XX. Parteitages der KPdSU. Walter Ulbricht hielt eine Orientierungsrede, Schirdewan sprach zum Parteitag selbst und verlas die so genannte „Geheimrede“, die eigentlich schon nicht mehr geheim war, da sie in westlichen Zeitungen von London bis Bonn bereits in die Öffentlichkeit gelangt war.

## **II. Der XX. Parteitag und seine Auswirkungen in der SED**

1. Die Zeit zwischen dem XX. Parteitag der KPdSU und dem 5. Parteitag der SED im Jahre 1958 ist von einschneidender Bedeutung in der Geschichte der SED und der DDR überhaupt. Das gilt auch für die KPdSU und die anderen Länder des Warschauer Vertrages.

Die SED hatte bereits im September 1955 in der Zentralen Parteikontrollkommission die Überprüfung von Genossen, die in der SU-Emigration waren, beschlossen. Am 19. April 1956 nahm eine Kommission des ZK zur Überprüfung „von Angelegenheiten“ von Parteimitgliedern ihre Tätigkeit auf. Alle Mitglieder der Kommission: Ulbricht, Matern, Ebert, Schirdewan, Wollweber, Lehmann, Kiefert, Haid – außer Genossin Geffke und Mielke – nahmen an der konstituierenden Sitzung teil. Die Überprüfungen fanden von Oktober 1955 bis Juli 1962 statt. Es wurden, wie es heißt, 257 namentlich bekannte Genossen durch die ZPKK rehabilitiert, deren Namen öffentlich zugänglich waren. Es wurde auch davon ausgegangen, dass trotz größter Anstrengungen nicht alle Unterlagen für die Überprüfung eingesehen werden konnten. Die nunmehr zurückliegenden Jahre seit dem Zerfall der Sowjetunion haben weiteren Zugang zu Akten und Auskünfte über Einzelschicksale erbracht. Aus den früheren Mängeln eine grundsätzliche Absicht des ZK der SED zum Vertuschen des stalinschen Terrors abzuleiten, erscheint sehr problematisch und lässt sich mit Beschlüssen und Debatten nicht belegen. In Beratungen der BL Berlin der SED und in Gesprächen mit A. Neumann wurde angesichts der scharfen Kritik am Personenkult auch eine offene Debatte über die im Bericht Chruschtschows dargelegten Verbrechen in der Zeit Stalins gefordert. Dabei wurde bald auf eine wachsende Rolle der Berija-Gruppe orientiert. Anlass dafür waren Entscheidungen in der KPdSU gegen Molotow, Woroschilow, Kaganowisch und andere. Die Auswertung des XX. Parteitages der KPdSU war ein Prozess, an dessen Anfangsphase Genossen wie Schirdewan, Oelßner, Selbmann u.a. noch aktiv teilnahmen, die später mit Parteiverfahren belegt wurden. Grundlage dafür waren gemeinsame Beschlüsse und die Unterstützung von Orientierungen, die zum Teil von Ulbricht ausgingen. Die Auseinandersetzungen in der Führung der SED verschärften sich im Jahre 1957 und waren vor allem auf den Führungsstil und Charakter Ulbrichts bezogen und mit gegenseitigen Vorwürfen über Schwächen in der Lageanalyse verbunden sowie mit fehlenden Entscheidungen zur Veränderung der Lage.

2. Während sich in den anderen sozialistischen Ländern die Auswertungen auf innere Probleme konzentrierten, stellten sich die Probleme in der DDR stärker als Klassenkampf von außen dar. Die Politik Adenauers mit alten faschistischen Kräften in Militär, Justiz, Geheimdiensten und Diplomatie richtete ihre Anstrengungen auf eine Destabilisierung der DDR, wobei sich die „Geheimrede“ Chruschtschows wirkungsvoll antikommunistisch instrumentalisieren ließ. Die SED-Führung handelte zunächst geschlossen und versuchte ein politisches Vakuum in der Auswertung des XX. Parteitages zu verhindern. Am 4. März wird ein umfangreicher Artikel von Walter Ulbricht „Über den XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ im „Neues Deutschland“ veröffentlicht. Für die Partei und die Öffentlichkeit galt das als Aussage der

Parteiführung; denn sowohl bis zur wie auf der 3. Parteikonferenz waren keine Widersprüche in den Reihen der Führung erkennbar. Der Artikel bezieht sich auf den veröffentlichten Rechenschaftsbericht Chruschtschows, nicht auf die „Geheimrede“, und war ein Versuch, den von der SED eingeschlagenen Weg zum Aufbau des Sozialismus als richtig zu begründen. Ulbricht legte den Standpunkt zur friedlichen Koexistenz und für die sozialistische Zukunft dar und entwickelte Schlussfolgerungen für die Einhaltung der leninschen Normen des Parteilebens. Der Artikel löste mehr Fragen als Zustimmung aus. Das spürte Ulbricht und entschloss sich, auf der Bezirksdelegiertenkonferenz der SED am 17. März nicht mit der üblichen Rede, sondern mit Antworten auf Fragen aus Partei und Öffentlichkeit aufzutreten. Auch dieser Auftritt erfolgte ohne direkten Bezug auf die „Geheimrede“, die von der KPdSU noch immer nicht öffentlich gemacht war. Angesichts des Druckes aus den westlichen Medien, die diese Rede bereits veröffentlichten und kommentierten, bittet Ulbricht Chruschtschow, in der „Prawda“ einen Leitartikel zu bringen, in dem besonders die Rolle Stalins dargelegt wird. Damit sollte vermieden werden, dass KPdSU und SED der Öffentlichkeit unterschiedliche Schlussfolgerungen präsentieren.

In der Berliner Parteiorganisation spitzten sich angesichts der geteilten Stadt alle Probleme besonders zu. So äußerte sich Ulbricht konkreter zu Fragen von Genossen, z.B. aus dem Kraftwerk Klingenberg: Was muss getan werden, um die Aktionsgemeinschaft mit den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern, um die Annäherung und Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten herbeizuführen? Für Berlin ging es ihm um die Stärkung der volksdemokratischen Ordnung im „demokratischen Teil der Stadt“, generell um größere Anstrengungen beim Aufbau des Sozialismus. Der wiederum sei mit notwendig höherer Arbeitsproduktivität und dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt verbunden. Er fordert die Berliner Genossen auf, einer Frage aus dem VEB Kalichemie nicht auszuweichen, wo gesagt wurde: „Es gibt Ausbeutung und die Arbeit muss so teuer wie möglich verkauft werden.“ Ulbricht reflektierte bestimmte Reaktionen auf seinen Artikel zum XX. Parteitag in westlichen Medien. Mit seinem Artikel sei Unruhe entstanden, und was ihm eingefallen sei, so offen zu reden. Er erklärt jetzt nachdrücklich, dass Stalin nach allem, was nun bekannt sei, nicht zu den Klassikern des Marxismus-Leninismus gehöre. Als Delegierter dieser Konferenz möchte ich bekunden, dass Ulbricht mehrheitlich Zustimmung erhielt und sein Ansehen in der Partei gestärkt worden ist. Dennoch blieb für mich als Jugendfunktionär ein Problem offen: Wie wollen wir die Jugend in ganz Berlin mit den Aussagen über Stalin und unsere Politik erreichen? A. Neumann führte dann ein offenes Gespräch mit dem Berliner FDJ-Sekretariat, sprach auch über Ängste, die es unter den deutschen SU-Emigranten gab und sagte uns, er sei zum Kampf in den Internationalen Brigaden nach Spanien gegangen, um sicher zu sein, nicht nach Sibirien deportiert zu werden. Seine Aufforderung war eindeutig darauf gerichtet, offen mit der Jugend über Personenkult und die Verbrechen Stalins zu sprechen und keiner Frage auszuweichen.

Vom 24. bis 30. März 1956 tagte die 3. Parteikonferenz, bei der die SED-Führung einheitlich auftritt, und die eine breite Debatte in der Partei zur Folge hat. Da es in den eigenen Reihen und in allen kommunistischen Parteien sowie der internationalen Arbeiterbewegung widersprüchliche Diskussionen gibt, veröffentlicht das ZK der KPdSU am 30. Juni 1956 einen Beschluss über die „Überwindung des Personenkults und seine Folgen“. Darin heißt es:

„Zu glauben, dass eine einzelne Persönlichkeit, selbst eine so bedeutende wie Stalin, unsere gesellschaftliche und politische Ordnung ändern konnte, bedeutet, in einen tiefen Widerspruch mit den Tatsachen, mit dem Marxismus, mit der Wahrheit zu geraten, in Idealismus zu verfallen. Dies würde bedeuten, einer einzelnen Persönlichkeit so übermäßige, übernatürliche Kräfte zuzuschreiben wie die Fähigkeit, die Ordnung einer Gesellschaft, noch dazu einer Gesellschaftsordnung, in der die Millionenmassen der Werktätigen die entscheidende Kraft sind, zu ändern.“  
(4)

Die im Beschluss noch betonte Zustimmung auch der chinesischen KP zum XX. Parteitag wurde auf deren 8. Parteitag 1956 noch betont. In den Jahren 1960/61 brachen jedoch die Beziehungen zwischen beiden Parteien ab. Der 8. Parteitag der KP Chinas hatte zunächst jedoch Auswirkungen auch in der SED. Um nicht die Nähe zu den Massen zu verlieren, mussten wir Funktionäre der FDJ einmal im Monat in der Produktion arbeiten, was ich als ehemaliger

Schlosser in einer Jugendbrigade tat. Die Fähigkeiten zur Verteidigung der Heimat sollten vermittelt werden, und so hatten wir einen monatlichen Ausbildungstag in der NVA. In der NVA mussten Offiziere wiederum für einige Wochen unter den Soldaten ihren Dienst leisten, um das Leben der Soldaten besser zu verstehen. Begründet wurden solche Maßnahmen als Lehren aus dem XX. Parteitag für Volksnähe und gegen Personenkult. Ab 1960 wurden solche „Reformen“ wieder aufgehoben.

Die KP Chinas verfolgte nicht nur einen eigenen Kurs der sozialistischen Entwicklung ihres Landes, sondern ihre Anstrengungen waren auch auf eine Führungsrolle in der internationalen Bewegung gerichtet. Der Maoismus wurde nicht nur politisch-ideologisch verbreitet, sondern auch materiell unterstützt und mitgetragen.

Eine Annäherung der Beziehungen zu China wurde erst 1989 mit einem Besuch Gorbatschows in Peking wieder aufgenommen.

3. In den Jahren bis 1958 vollzogen sich vielseitige Veränderungen in den Parteien der sozialistischen Länder und gesellschaftliche Prozesse in den jeweiligen Ländern, mit der Metapher „Tauwetter“ bezeichnet. In der Sowjetunion wurde das Gulag-System geöffnet, manche politische Tabus gebrochen, für Kultur und Wissenschaft wurden Räume geöffnet, vom Terror Verfolgte wurden rehabilitiert. Eine Gruppe von Gegnern dieser Entwicklung, zu der u.a. Molotow, Kaganowitsch, Woroschilow, Malenkov, Bulganin gehörten, versuchten 1957, Chruschtschow zu stürzen. Dieser berief eine Beratung des ZK ein und erreichte den Ausschluss seiner Gegner aus der Parteiführung.

In Polen kehrte Gomulka, der vorher politisch verfolgt worden war, schon 1956 an die Spitze der Partei zurück. In der SED-Führung wurden einerseits Entscheidungen korrigiert, die früher gegen Genossen gerichtet waren. Andererseits begannen neue Auseinandersetzungen. Korrigiert wurden Entscheidungen gegen Selbmann, Wandel, Girus, Elli Schmidt. Auch das tragische Schicksal von Ziller, der sich das Leben genommen hatte, wurde thematisiert. Die neuen Auseinandersetzungen richteten sich gegen Schirdewan und Oelßner. Da Karl Schirdewan mit seiner Zuständigkeit für Parteiorganisation und Kaderpolitik einen herausgehobenen Platz einnahm, war auch die Kritik an ihm von besonderem Gewicht.

Im Frühjahr 1957 wurde eine besondere Kommission zur Verbesserung der Jugendarbeit gebildet, die Schirdewan leitete. Die Haltung Jugendlicher zu Partei und Staat konnte als besonderes Kriterium für die Akzeptanz von Politik gelten. In Berlin als Stadt mit zwei unterschiedlichen Gesellschaftssystemen war es besonders schwierig, im Sinne einer sozialistischen Entwicklung die größere Anziehungskraft zu organisieren. Die dabei auftretenden Probleme waren aber auch geeignet, sie im Machtkampf an der Führungsspitze zu instrumentalisieren. Als verantwortlicher Jugendfunktionär und Angehöriger des Büros der Bezirksleitung der SED Berlin erlebte ich nun ständige Auseinandersetzungen. Schirdewan stand für Jugendarbeit dort, wo die Jugend ihre Freizeit verbringt bzw. für Veranstaltungsformen, bei denen Antworten auf Fragen der Jugend gegeben wurden. So waren wir am „Himmelfahrtstag“ auch in Kneipen unterwegs, feierten Fasching und führten Jugendforen durch unter dem Motto „Auf jede Frage eine Antwort“. Eine andere, stärker von Ulbricht vertretene Linie setzte 1957 ein. Die FDJ sollte ihr Profil als sozialistischer Jugendverband stärker ausprägen und als solcher Kampfesreserve der Partei sein. Allerdings machten sich die Auseinandersetzungen nicht so erkennbar an unterschiedlichen Konzepten fest, sondern waren immer wieder von konkreten Problemen veranlasst. Als Schirdewan Anfang 1958 aus der Führung der SED ausgeschlossen wurde, begann auch die Suche nach Fehlern in der Arbeit der Berliner FDJ. Alfred Neumann wurde als Nachfolger von Schirdewan zum Sekretär des ZK gewählt, womit sich die Widersprüche nicht erledigten. Ich erlebte persönlich, wie schnell man zwischen unterschiedliche Interessen geraten konnte. Neumann hatte bisher die Linie Ulbrichts zur Jugendarbeit vertreten, also konnte diese nicht für Unzulänglichkeiten verantwortlich sein. Im Frühjahr 1958 strebte Karl Namokel meinen Ausschluss aus dem Zentralrat der FDJ an, begründet mit meiner Arbeit unter der Verantwortung Schirdewans. Dem Ausschluss stellte sich jetzt Neumann in den Weg. Der 5. Parteitag setzte dann für mich ein anderes Zeichen. Ich wurde als Kandidat des ZK der SED gewählt und galt

nun als ein Anhänger des Ulbricht-Kurses.

Die Phase der Huldigungen Stalins war jedoch mit der Auswertung des XX. Parteitages noch nicht beendet. Das Stalindenkmal in Berlin wurde erst 1961 abgebaut und die Umbenennung der Stalinallee in Karl-Marx-Allee vollzog sich damit auch. Die SED-Führung hatte stärkere innere Auseinandersetzungen zwischen den eigenen Führungskräften, als eine ausgeprägte Debatte über den Stalinismus. Der 5. Parteitag stärkte den Platz Ulbrichts an der Spitze der SED nicht zuletzt auch durch das Auftreten N. Chruschtschows zur Unterstützung der von ihm vertretenen und vertrauten Politik. Beide kannten sich durch ihr Wirken an der Front von Stalingrad im Großen Vaterländischen Krieg.

Als Externer hatte ich 1960 ein Studium an der Hochschule für Ökonomie abgeschlossen, beendete meine Tätigkeit im Jugendverband und begann 1961 als Assistent im Bereich Planung des Elektroapparatewerkes (EAW) mich mit der Betriebspraxis vertraut zu machen.

Als am 13. August 1961 die Grenze zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag geschlossen und die Mauer um Westberlin gebaut wurde, war die Zeit meines Betriebspraktikums über Nacht beendet.

Als 1. Sekretär der Kreisleitung der SED Berlin-Köpenick begann ein neuer Lebensabschnitt.

Ulbricht folgte nun für eine kurze Zeit manchen Reformansätzen in der KPdSU. Von ZK über Bezirks- bis in die Kreisleitungen wurden eigene Führungsstrukturen für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ideologie geschaffen. Der Zentralismus wurde weiter ausgebaut und vertieft. Diese Fehlentwicklung musste bald korrigiert werden. Erste Reformschritte begannen, die auch komplexen Charakter annehmen sollten. Hier können nur einige Elemente erwähnt werden. Die Zersplitterung der Industrie sollte durch die Bildung von Kombinat, wie sie in der chemischen Industrie üblich waren, überwunden werden. Die Gründung des Kombinates Kabelwerk Oberspree (KWO) wurde zum Experiment, geleitet von Georg Pohler, einst Stellvertreter des Direktors im sowjetischen Aktienbetrieb, und Arne Benary, einst an der Seite von Prof. Behrens und vertraut mit seinen Reformideen, als Planungsleiter. Alle Kabelwerke waren nun in einem Kombinat, mit hoher Eigenverantwortung in Leitung und Planung, für Eigenerwirtschaftung und Akkumulation, für wachsende Mitbestimmung der Werkstätigen durch Arbeiterräte vereinigt.

Es wurde auch beschlossen, alle Schulen des Stadtbezirks als Tagesschulen zu entwickeln. Bald zeigte sich jedoch, dass dafür die materiellen und finanziellen Anforderungen nicht zu tragen waren.

Bis in die Volkskammer der DDR war ein neuer Wind in parlamentarischer Arbeit zu spüren. Ab Mitte der 1960er Jahre verlor dieser Prozess seine Dynamik im Inneren der DDR. Erst waren es Honecker und Verner, die sich entgegenstellten, dann stellte sich Mittag an die Seite der neuen Mächtigen, Stoph wollte nach beiden Seiten agieren und später der Sprecher gegen Ulbricht und für Honecker sein.

Die Entwicklung eines Neuen Ökonomischen Systems der Leitung und Planung und die Auffassung der weiteren Entwicklung des Sozialismus als längere Periode durch Ulbricht sind bei N. Chruschtschow nicht auf Ablehnung gestoßen. Erst mit Breschnew an der Spitze und den Bestrebungen, vor allem von Honecker und Verner, verlor Ulbricht den Freiraum für Reformansätze in der DDR. Da ich in dieser Zeit außerplanmäßig meine Doktorarbeit über „Auswahl und Einsatz von Führungskräften in der Volkswirtschaft“ schrieb, waren die Auseinandersetzungen auch hier spürbar.

## **Zusammenfassung**

Seit dem XX. Parteitag der KPdSU sind 60 Jahre vergangen. Die Länder des Realsozialismus sind untergegangen, die Sowjetunion ist zerfallen und kapitalistische Gesellschaften sind entstanden. Der Parteitag bleibt weiter umstritten. Der Zugang zu vielen Aussagen über Fakten und deren Bewertung war bis zum Ende der Sowjetunion nur begrenzt und bis heute sind nicht alle Quellen offen. Wenn aber die Offenlegungen Chruschtschows einfach als Lügen bezeichnet

werden, dann kann und soll das Ergebnis doch nur zu einer Rechtfertigung der Stalinschen Verbrechen führen. Eine konsequente Ablehnung und Verurteilung solcher Betrachtungen ist unabdingbar erforderlich. Damit sollten aber weitere Forschungen zum XX. Parteitag nicht abgelehnt werden, im Gegenteil, sie waren und bleiben erforderlich. Dieser Teil der Geschichte vermittelt Lehren, die bis in die Gegenwart aktuell sind, selbst für unterschiedliche Gesellschaftsordnungen. Der Titel der „Geheimrede“ Chruschtschows „Über den Personenkult und seine Folgen“ erschwert allerdings die nötigen Schlussfolgerungen. Der Kult um die Person Stalins ist eine Seite des Geschehens, nur sind die Stalinschen Verbrechen damit allein nicht zu erklären. Die Ursachen liegen in komplexen politisch-gesellschaftlichen Bedingungen, die auch diese Art von Personenkult zugelassen haben. Gewiss gehörte Mut zur Offenlegung und mit Malenkov an der Spitze und dessen Anhängern wäre ein solcher Schritt wohl nicht erfolgt. Die nach dem XX. Parteitag einsetzende kurze Zeit des „Tauwetters“ war nicht der Weg zu tiefgreifenden Veränderungen in der Gesellschaft der UdSSR. Immer blieb es bei Halbheiten. Und so lange sich Ulbricht konsequent am sowjetischen Modell orientierte, fehlte es auch in der DDR an Reformschritten. Mit der geschlossenen Grenze und den Reformschritten vollzog sich trotz vieler Verwerfungen ein Prozess der Stabilisierung der DDR und ihrer Einbeziehung in die Völkergemeinschaft als ein souveräner Staat. Ohne den wäre eine Konferenz von Helsinki mit ihren Abkommen nicht entstanden und die DDR und die BRD wären 1973 nicht gemeinsam Mitglied in den Vereinten Nationen geworden. Erich Honecker hat, so betrachtet, diesen Prozess nicht erst begonnen. Er begann bereits in den 1960er Jahren und die DDR hatte mit ihrem Beitrag für die Erhaltung des Friedens Achtung und Aufnahme in die Völkergemeinschaft gefunden. Breschnew unterstützte den von Honecker betriebenen Sturz Ulbrichts, stärkte ihm den Rücken, hat aber Ulbricht einen bestimmten Respekt dennoch nicht verweigert.

Den Begriff „Personenkult“ für die Erklärung von Verbrechen in der Stalin-Zeit zu nutzen, verbaute und verbaut den Weg der Linken zu notwendigen Analysen. Und die leben von konstruktiv-kritischer Auseinandersetzung um reale Probleme sowie der eigenen Strategien, darauf zu reagieren. Das verhindert Selbstzufriedenheit politischer Akteure, was sich auch Linke immer neu bewusst machen müssen. In einem System, in dem politische Mandate auch als Elemente des Arbeitsmarktes fungieren, ist die Gefahr von Abhängigkeiten, Hofierung, Anspruch auf Unersetzbarkeit vorhanden. Linke Parteien sind nicht frei von dieser Gefahr. Eigentlich sollten die Bilder von Huldigungen und „lang anhaltendem Beifall“ für Führungspersonen auf den Parteitagen der Parteien abschreckend sein, was nicht der Fall ist. Immerhin können sie die Gefahr einer lähmenden Rolle von „Personenkult“ in Erinnerung rufen.

(1) Karl Schirdewan: Aufstand gegen Ulbricht, Aufbau Taschenbuch Verlag, 3. Auflage 1995, S. 172 – 180

(2) Ebenda, S. 177 f.

(3) Ebenda

(4) SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, Dietz Verlag Berlin 1990, S. 81

Generaloberst a.D. Fritz Streletz

## **Zum 60. Jahrestag der Gründung des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand\***

Am 14. Mai 1955 unterzeichneten im polnischen Staatsratsgebäude in Warschau zum Abschluss der zweiten „Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit Europas“ die Ministerpräsidenten von Albanien, Bulgarien, der DDR, der VR Polen, der VR Rumänien, der VR Ungarn, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (kurz *Warschauer Vertrag*). Der Vertrag trat, nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden in Warschau, vor 60 Jahren am 4. Juni 1955 in Kraft.

Das gibt uns Anlass für einen Rückblick auf die Organisation des Warschauer Vertrages und auf das, was sie in den 35 Jahren ihrer Existenz bewirkte.

Ich möchte dazu folgende Punkte behandeln

1. Zur Rolle des Warschauer Vertrages in der Periode des Kalten Krieges
  2. Zu den Verpflichtungen der DDR und der NVA im Warschauer Vertrag
  3. Zur Souveränität der DDR
- und einige Schlussfolgerungen ableiten.

### **1. Zur Rolle des Warschauer Vertrages in der Periode des Kalten Krieges**

Der Warschauer Vertrag wurde abgeschlossen, nachdem die westeuropäischen Staaten die Pariser Verträge ratifiziert hatten und die Bundesrepublik Deutschland in die NATO aufgenommen wurde.

Gleichzeitig lehnten die durch die USA geführten westlichen Staaten den Vorschlag der sozialistischen Länder ab, die Militärblöcke zu beseitigen und ein System der kollektiven Sicherheit zu schaffen.

Damit wurde die Sicherheit der friedliebenden Staaten bedroht, und es wuchs die Kriegsgefahr.

Zur Zeit der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages verfügte die DDR über keine eigenen Streitkräfte. Davon ausgehend wurde auf der 1. Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses der Vorschlag der DDR-Delegation angenommen, die Truppen und Flottenkräfte der DDR nach ihrer Aufstellung in die Vereinten Streitkräfte einzubeziehen.

Diese Einbeziehung wurde offiziell mit Beschluss des Politischen Beratenden Ausschusses vom Mai 1958 vollzogen, nachdem bekanntlich Verbände und Truppenteile der NVA in gemeinsamen Truppen- und Flottenübungen mit der GSSD bzw. der Baltischen Rotbannerflotte ihre Gefechtsbereitschaft unter Beweis gestellt hatten.

Die Ziele des Warschauer Vertrages sind in der Präambel des Vertrages exakt formuliert. Darin heißt es: Die vertragsschließenden Seiten haben beschlossen, den vorliegenden Vertrag zur Gewährleistung ihrer Sicherheit und im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa abzuschließen

Diesem Ziel entsprachen auch die von den Vertragspartnern übernommenen konkreten Verpflichtungen und Aufgaben.

Ziele und Aufgaben des Warschauer Vertrages bestimmten seine Struktur. Charakteristisch für diese Struktur war

- das enge Zusammenwirken zwischen den politischen Organen, die sich mit der Beurteilung der internationalen Lage und der Annahme gemeinsamer Beschlüsse zu wichtigen politischen Fragen befassten sowie
- das enge Zusammenwirken zwischen den militärischen Organen, die Vorschläge zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der verbündeten Länder ausarbeiteten und die

Tätigkeit der Vereinten Streitkräfte im Interesse der kollektiven Verteidigung der verbündeten Länder koordinierten.

Dementsprechend gab es auf jeder Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses einen Bericht des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages über die Aktivitäten der NATO und die sich daraus ergebenden Aufgaben und Maßnahmen der Vereinten Streitkräfte.

Zu den leitenden Gremien des Warschauer Vertrages und zu den Führungsorganen der Vereinten Streitkräfte gehörten:

- (1) der Politische Beratende Ausschuss (PBA)
- (2) das Vereinte Oberkommando
- (3) das Komitee der Verteidigungsminister
- (4) der Militärrat der Vereinten Streitkräfte (VSK)
- (5) der Stab der VSK

Gestatten Sie mir dazu einige kurze Erläuterungen:

- (1) Der PBA war das höchste politische Führungsgremium des Warschauer Vertrages. Seine Beschlüsse waren für alle Mitgliedstaaten bindend. Zum PBA gehörten die Generalsekretäre der sieben Bruderparteien sowie die Vorsitzenden der Ministerräte der Mitgliedstaaten. Der PBA war das einzige Gremium, wo es eine Parität gab und nicht eine zahlenmäßige Übermacht der sowjetischen Seite.

Bei allen anderen Führungsorganen gab es eine Dominanz der Sowjetunion.

- (2) Das Vereinte Kommando. Ihm gehörten an
  - der Oberkommandierende der VSK
  - der Chef des Stabes der VSK, zugleich 1. Stellvertreter des Oberkommandierenden
  - die sieben Stellvertreter der einzelnen Armeen
  - der Chef der Truppen des Einheitlichen Luftverteidigungssystems
  - der Chef des Technischen Komitees
  - Insgesamt 11 Marschälle bzw. Generale, davon 5 Angehörige der Sowjetarmee sowie 6 Angehörige der Bruderarmeen.
- (3) Das Komitee der Verteidigungsminister. Dem Komitee gehörten an die sieben Verteidigungsminister, der Oberkommandierende und der Chef des Stabes der VSK. Insgesamt 9 Marschälle bzw. Generale, davon 3 Angehörige der Sowjetarmee.
- (4) Der Militärrat der VSK. Ihm gehörten an
  - der Oberkommandierende der VSK
  - der Chef des Stabes der VSK
  - die sieben Stellvertreter des Oberkommandierenden der einzelnen Armeen
  - der Chef des Einheitlichen Luftverteidigungssystems
  - der Chef des Technischen Komitees
  - der Stellvertreter des Oberkommandierenden für die Luftstreitkräfte
  - der Stellvertreter des Oberkommandierenden für die Seekriegsflotten
  - Insgesamt 13 Marschälle bzw. Generale, davon 7 Angehörige der Sowjetarmee
- (5) Der Stab der Vereinten Streitkräfte existierte als Führungsorgan erst seit den Jahren 1969/70.

Vorher wurden alle unter diesem Namen laufenden Aktivitäten von der 10. Verwaltung des Generalstabes der Streitkräfte der UdSSR wahrgenommen, in deren Bestand sich auch ein Oberst der NVA befand.

Der Stab setzte sich proportional aus Generalen und Offizieren aller verbündeten Armeen zusammen. Ausgehend vom Anteil der NVA am Gesamtbestand der Vereinten Streitkräfte, hatten wir sechs Prozent der Mitarbeiter im Stab, d.h. zwei Generale und 20 Offiziere, zu stellen. Der Chef des Stabes hatte aus jeder verbündeten Armee einen Stellvertreter, der von der Dienststellung her zugleich Stellvertreter des Chefs des Generalstabes der jeweiligen Armee war.



Der Stab hatte die Aufgabe, kontinuierlich die militärpolitische und strategische Lage in Europa zu analysieren und Vorschläge für die höheren Führungsorgane der Koalition und ihrer Streitkräfte zu erarbeiten.

### Zur Rolle des Warschauer Vertrages möchte ich folgendes unterstreichen:

Der Warschauer Vertrag war ebenso wie die NATO ein völkerrechtliches Bündnis der ihm angehörenden Staaten.

Die Verpflichtungen, die sich aus der Zugehörigkeit zum jeweiligen Bündnis ergaben, sind völkerrechtliche Verpflichtungen, die von der DDR ebenso einzuhalten waren wie die entsprechenden Verpflichtungen, die sich aus dem NATO-Vertrag für die BRD ergeben.

Die politischen und ökonomischen Veränderungen in der Sowjetunion, der DDR und den anderen sozialistischen Staaten Europas hatten auch tiefgreifende Auswirkungen auf die militärpolitische und militärische Zusammenarbeit dieser Staaten.

Am 24. September 1990 erfolgte die Herauslösung der NVA der DDR aus dem Warschauer Vertrag. Damit war das Schicksal des Warschauer Vertrages besiegelt. Ebenso, wie die NATO nicht ohne die BRD existieren könnte, konnte auch der Warschauer Vertrag nicht ohne die DDR weiter existieren.

Am 25. Februar 1991 unterzeichneten in Budapest die Außen- und Verteidigungsminister Bulgariens, Ungarns, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion das „Protokoll über die Außerkraftsetzung der militärischen Abkommen, die im Rahmen des Warschauer Vertrages abgeschlossen wurden, und die Auflösung seiner militärischen Organe und Strukturen.

Vier Monate später, am 1. Juli 1991, signierten in Prag die Staatsoberhäupter der sechs Staaten die Auflösung des Warschauer Vertrages.

Damit ging also die NATO letztendlich aus dem Kalten Krieg als Sieger hervor.

## **2. Zu den Verpflichtungen der DDR und der NVA im Warschauer Vertrag**

Auf militärischem Gebiet ergaben sich für die DDR als westlicher Vorposten des Sozialismus und aus ihrer militärstrategischen Lage vorrangig sechs Schwerpunkte.

*Erstens:* Die Bereitstellung des Friedensbestandes der NVA, d.h. der Landstreitkräfte, Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, der Volksmarine und von Teilen der Grenztruppen für die Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages.

*Zweitens:* Die militärische Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Westberlin, einschließlich des pioniermäßigen Ausbaus des Grenzgebietes und der Errichtung eines militärischen Sperrgebietes.

*Drittens:* Die Teilnahme an der Erfüllung der Aufgaben im Diensthabenden System der Vereinten Streitkräfte.

*Viertens:* Die Erfüllung der Mobilmachungsverpflichtungen in einer Spannungsperiode und im Verteidigungszustand.

*Fünftens:* Die Realisierung der Verpflichtungen gegenüber der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in der DDR (GSSD).

*Sechstens:* Die Erfüllung aller Maßnahmen der operativen Vorbereitung des Territoriums der DDR als möglichen Kriegsschauplatz, d.h. als Bereitstellungs- und Durchmarschraum für die Vereinten Streitkräfte.

Des Weiteren gehörte zu unseren Verpflichtungen die Beteiligung am Etat des Vereinten Kommandos zur Unterhaltung der Führungsorgane der Vereinten Streitkräfte, ihrer Führungsstellen und zur finanziellen Sicherstellung der gemeinsamen Maßnahmen mit einem Anteil von 6 % an den Gesamtkosten.

Die NVA wurde von Anfang an als Koalitionsarmee, kompatibel zur GSSD, aufgebaut. Die

Struktur und Stärke, Bewaffnung und Ausrüstung, Dislozierung und Sicherstellung waren entsprechend den Aufgaben im Verteidigungszustand als Bestandteil der Westfront, d.h. der GSSD, ausgerichtet.

Damit die Generale, Admirale und Offiziere der NVA befähigt waren, ihre Aufgaben im Koalitionsbestand in den VSK des Warschauer Vertrages zu erfüllen, haben 13.474 Offiziere, Generale und Admirale sowjetische Militärakademien besucht. 385 absolvierten die Generalstabsakademie. Prozentual lag damit die NVA an der Spitze aller Armeen des Warschauer Vertrages.

Für die gemäß der gesellschaftlichen Gesamtplanung des RGW und der DDR nach Fünfjahreszeit- räumen ausgerichtete Entwicklungsplanung der NVA und der Grenztruppen sowie der anderen bewaffneten Kräfte der DDR waren immer zwei Dokumente grundlegend:

*erstens* das Protokoll über die Bereitstellung der Kräfte und Mittel der DDR für die Vereinten Streitkräfte,

*zweitens* die operative Einsatzplanung für die NVA und die Grenztruppen der DDR.

Den Festlegungen in diesen beiden Dokumenten, dem *Protokoll* und dem *Operativen Plan*, waren alle Aktivitäten im Ministerium für Nationale Verteidigung, im Hauptstab, in den Teilstreitkräften der NVA und in den Grenztruppen der DDR, aber auch in der Territorialverteidigung sowie in den Staats- und Wirtschaftsorganen zur Vorbereitung auf den Verteidigungszustand untergeordnet.

Der Spielraum für Änderungen, den selbst der Nationale Verteidigungsrat und das Ministerium für Nationale Verteidigung hatten, war sehr eng, auch wenn im Laufe des Fünfjahreszeitraums gewisse Präzisierungen notwendig wurden.

Nach meiner Einschätzung war die DDR, war die NVA in den 35 Jahren des Bestehens des Warschauer Vertrages immer ein zuverlässiger und berechenbarer Partner. Kein Land des Warschauer Vertrages hatte so vielfältige und umfangreiche Aufgaben im Interesse des Bündnisses und der Sowjetunion zu erfüllen, wie die DDR. Kein Land im Warschauer Vertrag hat so gewissenhaft und termin- gerecht alle Verpflichtungen dieses Bündnisses erfüllt, wie die DDR.

Und auch das trifft zu: Kein Land im Warschauer Vertrag wurde von der Sowjetunion – d.h. von Gorbatschow und Schewardnadse – 1990 so im Stich gelassen und verraten, wie die DDR.

Der Hauptstab der NVA trug, ausgehend von seinen Aufgaben, bei der Zusammenarbeit mit dem Vereinten Kommando eine besondere Verantwortung. Deshalb war auch der Chef des Hauptstabes seit 1969/70 zugleich der *Stellvertreter des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte* für die NVA.

Abschließend zu diesem Teil möchte ich eine Passage aus dem Buch „Der Warschauer Pakt“ von Armeegeneral Gribkow zitieren, um zu zeigen, wie die NVA durch führende Vertreter des Vereinten Kommandos eingeschätzt wurde. Gribkow war von 1976 bis 1989 Erster Stellvertreter des Oberkommandierenden und Chef des Stabes der Vereinten Streitkräfte und kannte die Armeen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, darunter die NVA, wie kein anderer.

Er schrieb: „Es war angenehm, mit den deutschen Generalen Hoffmann, Kessler und Streletz zusammenzuarbeiten. Sie bereiteten begründete Vorschläge zu den Fragen vor, die mit dem Oberkommandierenden und dem Stabschef der Vereinten Streitkräfte erörtert werden sollten. Sie waren in jeder Hinsicht hochqualifizierte Militärs. Die führende Rolle im Verteidigungsministerium der DDR spielte der Hauptstab unter Leitung von Generaloberst Fritz Streletz, der seine Gesprächspartner auf Anhieb verstand, seine Gedanken kurz, klar und überzeugend darlegte und ein vortrefflicher Organisator war.“

Bei der Vorbereitung und Durchführung von geplanten Maßnahmen des Vereinten Kommandos auf dem Territorium der DDR bereitete Streletz alles bis ins Detail vor, so dass die gestellten Aufgaben vollständig und mit gutem Ergebnis erfüllt werden konnten. Ich war immer von seinen organisatorischen Fähigkeiten begeistert und führte ihn gegenüber meinen Stellvertretern, Leitern der Verwaltungen und Abteilungen des Stabes der Vereinten Streitkräfte oft als Vorbild an.“

Natürlich hat nicht Streletz alles bis ins Detail vorbereitet; die Wertschätzung Gribkows verdienen vor allem jene hervorragenden Stabsarbeiter, die meist im Hintergrund wirkten, getreu der Devise des preußischen Generalstabschefs Alfred v. Schlieffen: „Generalstabsoffiziere haben keinen Namen – viel leisten, wenig hervortreten, mehr sein als scheinen.“

Was die Vorbildrolle der NVA im Warschauer Vertrag betrifft, so spielten wir im Kalkül der sowjetischen Partei-, Staats- und Armeeführung manchmal die des *Wellenbrechers* oder der *Vorhut* bei der Durchsetzung neuer oder ungewohnter Schritte zur Erhöhung von Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft. Wenn neue Beschlüsse im Politischen Beratenden Ausschuss gefasst werden sollten, dann hat nach der Sowjetunion die DDR immer als erstes Land diesen Beschlüssen zugestimmt. Dann waren es schon zwei. Nach uns kam in der Regel Bulgarien und danach die anderen Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages.

So war es zweifellos der Autorität und dem militärdiplomatischen Geschick von Armeegeneral Heinz Hoffmann zu verdanken, dass vom 12. bis 18. Oktober 1970 *erstmalig* alle sieben Armeen des Warschauer Vertrages mit Führungsorganen und Truppen der Land- und Luftstreitkräfte an einem gemeinsamen Manöver teilnahmen. Die unter Leitung des DDR-Verteidigungsministers stehende Übung auf dem Territorium der DDR hatte neben ihrer militärpolitischen Resonanz erhebliche Bedeutung für die Erarbeitung einheitlicher operativ-strategischer Ansichten zur Führung von Angriffs- und Verteidigungsoperationen im Koalitionsbestand unter modernen Bedingungen. Mit den teilnehmenden Truppen der verbündeten Armeen und der Bevölkerung in den Manövergebieten wurden zahlreiche militärpolitische Maßnahmen, Treffen mit den Soldaten und den Werktätigen durchgeführt – an rund 6.400 Veranstaltungen nahmen anderthalb Millionen Personen teil!

Trotz zäher Anstrengungen des Vereinten Kommandos, zum 25. Jahrestag der Gründung des Warschauer Vertrages im Jahre 1980 wieder eine gemeinsame Übung aller sieben Armeen auf dem Territorium eines anderen Mitgliedstaates durchzuführen, verliefen diese Bemühungen ergebnislos. Weder der Verteidigungsminister Polens noch der der CSSR, die beide über entsprechend zahlreiche und große Truppenübungsplätze verfügten, sahen sich dazu im Stande. Auf Bitte des sowjetischen Verteidigungsministers, Marschall Ustinow, und des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte, Marschall Kulikow, erklärte sich die DDR-Führung dazu bereit, „Waffenbrüderschaft 80“ vom 4. bis 12. September 1980 in der DDR durchzuführen. Es bedurfte jedoch noch intensiver Bemühungen, auch von Seiten der NVA und des Ministers, Armeegeneral Hoffmann, alle Armeen, vor allem auch die Rumäniens, zur Teilnahme zu bewegen. Wir gingen zahlreiche Kompromisse ein, um einheitliches Handeln zu dokumentieren.

Mit einigem Stolz kann festgestellt werden, dass es in der 35jährigen Geschichte des Warschauer Vertrages *nur zwei* Manöver gab, an denen alle Armeen beteiligt waren, und dass *beide in der DDR* durchgeführt und *von deren Verteidigungsminister geleitet* wurden.

### 3. Zur Souveränität der DDR

Uns ist bekannt, wie in der Periode des Kalten Krieges die DDR von der BRD eingeschätzt wurde: ein „Satellit Moskaus“, ein „Befehlsempfänger Moskaus“, ein „Staat von Moskaus Gnaden“ usw. Trotz Aufnahme in die UNO am 18.9.1973 (die DDR wurde an diesem Tag als 133. und die BRD als 134. Staat in die Weltorganisation aufgenommen) und der diplomatischen Anerkennung durch 138 Staaten waren wir für die BRD und ihre Verbündeten kein souveräner Staat.

Um aber die DDR-Führung der Regierungskriminalität zu bezichtigen, war die DDR ab 1990/91 plötzlich der souveränste Staat in Europa.

#### Wie verhielt es sich aus meiner Sicht tatsächlich mit der Souveränität der DDR?

Auf militärpolitischem und militärischem Gebiet war die DDR zu keinem Zeitpunkt im klassischen Sinne souverän, d.h. in der Lage, auf diesen Gebieten, selbständig und ohne Abstimmung im Bündnis und mit der Sowjetunion, Entscheidungen zu treffen, geschweige, Entscheidungen gegen den Willen der Sowjetunion in die Tat umzusetzen. Dafür gab es im wesentlichen drei Gründe:

Erstens: Die feste Verankerung der DDR im Warschauer Vertrag und die vollständige Inte-

gration der NVA in die Vereinten Streitkräfte unter sowjetischem Oberbefehl.

Zweitens: Die Anwesenheit der GSSD auf dem Territorium der DDR, die ständig mit der modernsten Bewaffnung und Kampftechnik ausgestattet wurde und sich in einer hohen Gefechtsbereitschaft befand.

Drittens: Die große militärstrategische Bedeutung des Territoriums der DDR für die Vereinten Streitkräfte als westlicher Vorposten des sozialistischen Lagers.

Im Verhältnis der DDR zur UdSSR hat es, nach meiner Einschätzung als sozialistischer Militär, stets *drei Bereiche unterschiedlicher Souveränität* gegeben.

*Erstens* den sowjetisch dominierten Bereich. Auf diesem Gebiet hat die sowjetische Führung das „Sagen“ gehabt und auch bestimmt, was getan werden konnte und durfte. Dazu gehörten vorrangig die Außenpolitik, die Sicherheitspolitik, die Deutschland-Politik. Auf diesem Gebiet erfolgte stets eine Unterordnung der Interessen der DDR unter die Interessen der Sowjetunion als Großmacht des Warschauer Vertrages.

*Zweitens* gab es einen gemeinsamen, aber oft auch umstrittenen Bereich. Hier haben die Vertreter der DDR und der Sowjetunion um den besten Weg gerungen. Das betraf z.B. die Wirtschaftspolitik, die Kulturpolitik, die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen, die Infrastruktur der DDR (Autobahnbau) und eine Reihe anderer Fragen. Auf diesem Gebiet gab es oft Arbeitsgruppen, die gemeinsam nach den besten Lösungen und Ergebnissen suchten.

*Drittens* gab es einen Bereich, der nur und ausschließlich in der Kompetenz und Verantwortung des SED-Politbüros lag. Dieser Bereich wurde in den 70er und 80er Jahren schrittweise erweitert und umfasste u.a. die Bildungspolitik, die Rechtspolitik, die Zulassung demokratischer Parteien, die Gesundheitspolitik, die Reiseproblematik, die Rentenpolitik und eine Reihe anderer Bereiche. Grundsatz: Wir bauen den Sozialismus in den Farben der DDR auf.

Es ist daher aus meiner Sicht *nicht* richtig, alles auf die Sowjetunion und die verbrecherische Politik von Gorbatschow und Schewardnadse zu schieben, man muss auch zu den *eigenen* Fehlern und Schwächen stehen. Nur so können wir die Geschichte aufarbeiten.

**Schlussfolgernd und rückblickend** kann aus meiner Sicht festgestellt werden:

Erstens: Der Warschauer Vertrag hat in den 35 Jahren seines Bestehens einen enormen, nicht hoch genug einzuschätzenden Beitrag zur internationalen Entspannung, zur Erhaltung und Festigung des Friedens sowie für vertrauensbildende Maßnahmen in Europa geleistet.

Zweitens: Die Militärorganisation des Warschauer Vertrages diente der Aufrechterhaltung des militärstrategischen Gleichgewichts und leistete einen aktiven Beitrag zur Zügelung der US-amerikanischen Expansionspolitik und der Verhinderung der Verwirklichung der Weltherrschaftspläne des amerikanischen Imperialismus.

Drittens: Der Warschauer Vertrag hat während seines über 35jährigen Bestehens eine großzügige Hilfe und Unterstützung für die Entwicklungsländer und für die nationalen Befreiungsbewegungen auf politischem, ökonomischem und militärischem Gebiet gewährt. Allein das Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR und die NVA hatten Ende 1989 auf dem Gebiet der Unterstützung, Ausbildung und Qualifizierung ausländischer Militärs 22 Verträge in Form von Abkommen, Vereinbarungen und Protokollen mit 16 Staaten für die Jahre 1990-1995 abgeschlossen.

Viertens: Durch die Annahme der neuen Militärdoktrin des Warschauer Vertrages im Jahre 1987, die als Verteidigungsdoktrin in die Geschichte einging, hat die Sozialistische Militärkoalition ein Bei- spiel gegeben, wie komplizierte internationale politische, militärpolitische und militärische Fragen und Probleme im gegenseitigen Einvernehmen gelöst werden können.

Fünftens: Die NATO und die einzig übrig gebliebene Supermacht USA erhielten nach der Auflö- sung der Organisation des Warschauer Vertrages die Möglichkeit, ihre negative, völkerrechtswidrige Politik auch mit Einsatz militärischer Mittel durchzusetzen. Krieg wurde wieder ein uneingeschränktes Mittel der Politik.

**Anmerkung**

\* Einführungsvortrag auf der Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises in Berlin-Weißensee am 26. November 2015.

Prof. Dr. Horst Schneider

## **„Und wie die Bourgeois sangen, so piffen die Professoren.“/1/ Historiker streiten über die Bedeutung des Volksentscheids 1946**

Unmittelbar nach der Befreiung im Mai 1945 stand die Frage im Mittelpunkt, wie eine Wiederholung der Katastrophe verhindert werden kann. Von Schumachers Forderung nach sofortiger Sozialisierung bis zu Adenauers Verurteilung des Kapitalismus im Ahlener Programm reichten die programmatischen Überlegungen. In Sachsen und Hessen wurden 1946 Volksentscheide durchgeführt, bei denen drei Viertel der Bürger sich dafür aussprachen, Monopoleigentum in Gemeineigentum zu überführen. In Sachsen geschah das, in Hessen verhinderte das die US-Militärregierung. Aber der entsprechende Artikel 41 ist heute noch in der hessischen Verfassung enthalten. Ähnliche Bestrebungen wie in Sachsen und Hessen gab es überall in Deutschland. In Berlin wurden Anfang 1947 entsprechende Gesetze erlassen.

Wer heute Urteile bürgerlicher Politiker und Historiker über den Volksentscheid in Sachsen 1946 liest, wird an den ersten Satz des „Manifests der Kommunistischen Partei“ erinnert, in dem Karl Marx und Friedrich Engels feststellten, dass sich alle Mächte des alten Europa zu einer heiligen Hetzjagd gegen den Kommunismus verbünden /2/, nur dass heute der Gegenstand und die Akteure gewechselt haben.

Gegenstand der unheiligen Hetzjagd ist die DDR, Akteure sind die Nachfolger der damals Regierenden und Päpste (der polnische Papst Wojtyla sei ausdrücklich genannt). Die Gründe liegen auf der Hand:

Beim Volksentscheid in Sachsen über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher am 30. Juni 1946 stimmten 77,6% der Abstimmenden (das waren 93,71% der Wahlberechtigten) mit Ja. Eine ähnlich hohe Zustimmung erhielt der Artikel 41 der hessischen Verfassung, der die Sozialisierung der Schlüsselindustrien vorsah.

Die Verwirklichung der beschlossenen Maßnahmen entsprach dem Vermächtnis der Antifaschisten. Die ökonomischen Wurzeln von Krieg und Faschismus wurden im Osten ausgerottet, im Westen erneut zum Wachstum gebracht.

Das Potsdamer Abkommen, die Urteile des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals und Schritte zur Sozialisierung wie z.B. in England unter der Labour-Regierung beweisen, dass der Volksentscheid in die damalige internationale Entwicklung eingebettet war.

Die Sowjetunion respektierte den Volkswillen und garantierte als Besatzungsmacht einen reibungslosen Ablauf des Volksentscheids. Die US-Militärregierung verhinderte die Konsequenzen aus dem hessischen Entscheid.

Die weitere Entwicklung in der DDR und der BRD und die Beziehungen zwischen ihnen wurden durch die gegensätzliche Wertung des Volksentscheids in starkem Maße beeinflusst.

Der Volksentscheid wurde in der DDR als revolutionärer Akt der Selbstbestimmung der Bürger positiv gewertet. An Erforschung und Würdigung sind Professoren beteiligt, die Friedrich Engels mit seinem Verdikt nicht gemeint haben konnte. Ich nenne hier für viele Stefan Doernberg, der die Kapitulation Berlins gedolmetscht hatte und in Dresden als Offizier der SMAD eingesetzt war,/3/ Rolf Badstübner, der die Herausgabe der großartigen „Deutschen Geschichte“, Bd. 9, besorgte,/4/ und Gerhard Lozek, dem die „Unbewältigte Vergangenheit“ zu verdanken ist /5/. In sächsischen Betriebsgeschichten (Stahlwerk Riesa, Sachsenwerk Dresden und anderen) gibt es weitere Quellen.

Den genannten DDR-Historikern standen und stehen seit Jahrzehnten bürgerliche Berufskollegen gegenüber, die in mehr oder minder grauen Farbtönen den Volksentscheid verteufeln.

Den Anfang machten Renegaten wie Hermann Weber /6/ und Wolfgang Leonhard /7/, die selber anfangs aktiv an der „Sowjetisierung“ beteiligt waren. Leonhard gehörte der „Gruppe Ulbricht“ an und vermarktete seine Kenntnisse als „Insider“ und „Kreml-Astrologe“ bis in seine letzten Tage, ohne es mit der Wahrheit allzu genau zu nehmen./8/ Er brachte es noch zum Ehrendoktor an der TU Chemnitz

Hermann Weber prägte das schwarze Bild über die DDR als Nestor der „DDR-Forschung“. In der „Unbewältigten Vergangenheit“<sup>9/</sup> sind die Haupttendenzen seiner Darstellungen genannt. Durchgängiges Klischee ist das Etikett „Sowjetisierung“ für Maßnahmen, die bereits in der Novemberrevolution auf der Tagesordnung der deutschen Geschichte gestanden hatten.

In den Darstellungen der bundesdeutschen Autoren gibt es Nuancen, aber es ist schwer, eine Arbeit zu finden, in der die spezifischen und komplizierten Bedingungen – rückständige Industrie, Kriegsschäden und Reparationen, Embargo und Sabotage – der ökonomischen Entwicklung der DDR genannt werden. Von Wettbewerb unter gleichen oder ähnlichen Umständen konnte keine Rede sein. Peter Christian Ludz war der Repräsentant der Strömung, die im Zeichen der Entspannung ein realistischeres DDR-Bild zeichnete.<sup>10/</sup>

Mit der „Wende“ veränderte sich die Lage auf dem Gebiet der Geschichtsschreibung radikal. Marxistische Historiker – auch die Genannten – wurden abgewickelt. Lehrstühle wurden von Westimporten besetzt. Institute, die den Auftrag haben, die Verleumdung der DDR-Geschichte zu betreiben, wurden gegründet – in Dresden auf Betreiben von CDU-Politikern unter Missbrauch ihres Namens das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Hier ist nicht der Platz, um dessen Wirken zu analysieren.<sup>11/</sup>

Im Hinblick auf unser Thema sind drei Arbeiten von Bedeutung. An allen drei ist Mike Schmeitzner beteiligt.

Zwei Publikationen haben den Begriff „kommunistische Diktaturdurchsetzung“ im Titel.<sup>12/</sup> Gemeint sind mit diesem Begriff, als dessen Erfinder Prof. Henke genannt wird, die Maßnahmen nach 1945, die in der marxistischen Geschichtsschreibung korrekt als antifaschistisch-demokratische Revolution bezeichnet wurden. Es handelt sich um die Bodenreform, die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher, die Schul- und Justizreform. Mit ihnen wurde weder eine „kommunistische Diktatur“ angestrebt noch erreicht. In den beiden Arbeiten Schmeitzners gibt es keine Studie zum Volksentscheid. Da Schmeitzner sein Studium noch in der DDR begonnen hat, weiß er vermutlich, was mit „Diktatur des Proletariats“ gemeint war und dass die SED sich in ihren ersten Aufrufen und Erklärungen ausdrücklich gegen eine Sowjetmacht auf deutschem Boden ausgesprochen hat. Die DDR hat zu keinem Zeitpunkt behauptet, ein kommunistischer Staat zu sein.

Mike Schmeitzner hat mit Michael Richter ein Buch herausgegeben, in dessen Mittelpunkt Ministerpräsident Dr. Rudolf Friedrichs steht.<sup>13/</sup> Obwohl Friedrichs ein aktiver Vorkämpfer des Volksentscheids war, ist nicht dies Gegenstand der Studie. Schmeitzner/Richter konstruierten einen „Giftmord“, dem Friedrichs zum Opfer gefallen sei. Obduzierende Ärzte, enge Mitarbeiter, zuständige Kriminalisten und der ermittelnde Staatsanwalt hatten vor der Veröffentlichung der Studie, die von Ministerpräsident Biedenkopf gewollt und prämiert worden war, mitgeteilt, dass an dem „Giftmord“ nichts dran war. Die Verfasser hatten Kenntnis von dem Ergebnis der amtlichen Untersuchungen. Warum wurde die Lügenstory trotzdem gedruckt und von der politischen Bildung kostenlos verteilt? Der Leser findet die Antwort selbst.

Es bleibt noch, einen Blick auf die von Eckhard Jesse herausgegebene „Deutsche Geschichte“ zu werfen, weil Jesse zu den einflussreichsten Totalitarismusforschern gehört. Sein Text lautet: „In Sachsen sprechen sich in einem manipulierten Volksentscheid drei Viertel der Bürger für die Enteignung der Großbetriebe aus.“<sup>14/</sup> Jesse nahm sich nicht die Zeit und den Platz, um die von ihm erfundene Manipulation zu begründen.

Noch wortkarger ist das Lehrbuch „Anno 6“, das in der Abiturstufe in Sachsen verwendet wird. Im Buch taucht der Volksentscheid mit keiner Silbe auf.<sup>15/</sup> Da die sächsischen Abiturienten selbst entscheiden können, ob sie den Kurs Geschichte belegen, ist gleich doppelt gesichert, dass sie über den Volksentscheid nichts erfahren. Auch hier kann sich der Leser selbst denken, warum die Unwissenheit gewollt ist.

## Quellen

1 Friedrich Engels: Über die Gewalttheorie. Gewalt und Ökonomie bei der Herstellung des Neuen Reiches, Berlin 1946, S. 29.

2 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Revolutionäre Parteiprogramme,

- Berlin 1964, S. 35.
- 3 Stefan Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschland, Berlin 1959.
- 4 Deutsche Geschichte, Band 9, Berlin 1989.
- 5 Gerhard Lozek (Hg.): Unbewältigte Vergangenheit, Berlin 1977.
- 6 Hermann Weber: DDR. Grundriss der Geschichte 1945-1990, Hannover 1991.
- 7 Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln/Berlin 1955.
- 8 In der „Giftmord-Affäre“ um Ministerpräsident Rudolf Friedrichs behauptete Leonhard, der sächsische Ministerpräsident sei durch seinen Innenminister Fischer vergiftet worden und Landtagspräsident Otto Buchwitz habe davon gewusst. Leonhards Kronzeuge war der Renegat und Agent Robert Bialek, der damals Sachsens FDJ geleitet hatte. Ein noch lebender Arzt, der an der Obduktion beteiligt gewesen war, die 1996 noch lebende Sekretärin, der zuständige Kriminalist und der ermittelnde Staatsanwalt hatten festgestellt, dass Friedrichs einem Herzleiden erlegen war, das er schon lange gehabt hatte. – Meine Polemik mit Leonhard ist im *Deutschland Archiv*, 6/1997, abgedruckt worden.
- 9 Unbewältigte Vergangenheit, a.a.O.
- 10 Peter Christian Ludz: Parteilite im Wandel, Köln-Opladen 1968.
- 11 Horst Schneider: Das Hannah-Arendt-Institut im Widerstreit politischer Interessen, Berlin 2004.
- 12 Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden politischer Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945-1955, Dresden 2001; Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945-1952, Köln 2003.
- 13 Michael Richter/Mike Schmeitzner: „Einer der beiden muss so bald wie möglich entfernt werden.“ Der Tod des Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs..., Leipzig 1999.
- 14 Eckhard Jesse (Hg.): Deutsche Geschichte. Vom Kaiserreich bis heute, München 2006, S. 206.
- 15 Anno 6. Lehrbuch für das Gymnasium Sachsen, Braunschweig 2015.



## Veranstaltungen des Marxistischen Arbeitskreises, März bis November 2016

Donnerstag, Die UNO und die DDR.  
10. März Einführung: Prof. Dr. Herbert Graf

**Sonnabend, Konferenz:  
9. April Die Vereinigung von KPD und SPD 1946 aus heutiger Sicht.**

Vorträge:

*Prof. Dr. Günter Benser* (Berlin)  
Das Ringen um die Einheit der Arbeiterbewegung in den vier Besatzungszonen Deutschlands 1945-1948.

*Prof. Dr. Anton Latzo* (Langerwisch)  
Erfolge und Probleme bei der Schaffung der Einheit der Arbeiterbewegung in Ost- und Südosteuropa 1944/45 bis 1948.

*Dr. Reiner Zilkenat* (Dahlwitz-Hoppegarten)  
Die Gründung der SED in den Westsektoren Berlins und die Politik der westlichen Besatzungsmächte.

Dazu laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e.V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von 11.00 bis 17.00 Uhr.  
Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*, Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)  
Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung, für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Donnerstag, Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 im  
12. Mai Meinungsstreit in der Sowjetunion und im heutigen Russland.  
Einführung: Prof. Dr. Horst Schützler

Donnerstag, Krisenkapitalismus und die Strategie der Linken.  
23. Juni Einführung: Prof. Dr. Ekkehard Lieberam

Donnerstag, Die polnische Krise im Herbst 1956.  
8. September Einführung: Prof. Dr. Eckart Mehls

Donnerstag, Trotzismus – gestern und heute.  
6. Oktober Einführung: Prof. Dr. Herbert Meißner

**Sonnabend, Konferenz:  
19. November „Europa“ und die revolutionäre Arbeiterbewegung.**

Einladende, Tagungszeit, Tagungsort und Regularien *wie am 9. April 2016!*  
(siehe oben!)

Die **Donnerstag-Veranstaltungen** beginnen jeweils um **16.00 Uhr**. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl*, **Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24** (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M 4, 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 und 255 bis Woelckpromenade)

**Kontaktadressen:**

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-65 970 79  
Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-98 665 74